



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Erinnerungen

Tirpitz, Alfred von

Leipzig, 1919

Neunzehntes Kapitel. Der Unterseebootkrieg.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-78304](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-78304)

Neunzehntes Kapitel Der Unterseeboots-Krieg

1

Je mehr England nach den Vorgängen der ersten Kriegswochen seine Seestreitkräfte zurückhielt, um uns die Gelegenheit zur schnellen militärischen Entscheidung zu entziehen und mit allen Mitteln wirtschaftlich zu erdroffeln, um so mehr erwuchs unserer Marine die Notwendigkeit, den Gegner mit gleichen Waffen zu bedrängen. Das wirksamste Kampfmittel, das wir gegen den englischen Handel besaßen, war das Unterseeboot. Bei seiner Verwendung gegen den feindlichen Frachtraum war von vornherein klar, daß die bisherigen Seerechtsbestimmungen, die im wesentlichen aus der alten Seglerzeit stammten, nicht genau für die neuen Verhältnisse paßten. Am ehesten konnten die Regeln der alten Blockade zur Anwendung gebracht werden. Im amerikanischen Sezessionskriege waren die Blockadebrecher von den Schiffen der Nordstaaten auch einfach niedergeschossen worden, freilich mit Kanonen, weil man Torpedos damals noch nicht hatte. Ebenso wie die Engländer von ihrer Kriegsgebietserklärung sagten, sie wäre „in effect a blockade adapted to the conditions of modern warfare and commerce“, konnten auch wir für eine Uboots-Blockade ohne Zweifel ein formales Recht in Anspruch nehmen. Allerdings mußte in der Aufnahme seitens der Neutralen mit einem Unterschied zwischen Handlungen Englands und solchen Deutschlands gerechnet werden. Infolge der Seemacht, Überlieferung und diplomatischen Geschicklichkeit der englischen Machthaber wird von den Neutralen nahezu alles hingenommen, was England auf See tut; wenn Deutschland aber entsprechend vorging, mußte mit ganz anderem Widerstande der nicht kriegführenden Staaten gerechnet werden. Bei einem Krieg mit England waren wir von vornherein stärker „gehandicapt“, als den meisten Deutschen klar war.

Die Hauptschwierigkeit war aus den Beziehungen zu Amerika zu erwarten, besonders nachdem dieses Land, entgegen dem Wesen der

Neutralität, sich bald nach Ausbruch des Krieges zu einem Arsenal für unsere Feinde entwickelt hatte. Da im Nordatlantik der Frachtverkehr meist unter englischer Flagge geht, so mußte jeder Kampf gegen englischen Frachtraum die amerikanischen Kriegslieferanten schädigen. Wir hatten schon bei unseren Auslandskreuzern, die auf das Gewissenhafteste nach den Regeln des alten Seerechts verfahren, beobachten können, eine wie wenig unparteiische Haltung die Vereinigten Staaten uns gegenüber einnahmen.

Aus dieser Erwägung heraus habe ich, um die Stimmung drüben zu sondieren und vorzubereiten, im November 1914 den amerikanischen Journalisten v. Wiegand empfangen und ihn gefragt, was wohl Amerika, nachdem es die skrupellose englische Durchbrechung des bisherigen Seerechts geduldet hätte, sagen würde, wenn wir mit einer Unterseebootsblockade antworteten, wozu wir doch zweifellos berechtigt wären. Die Unterredung wurde mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes veröffentlicht. Später ist die Behauptung aufgestellt worden, der Gedanke des Unterseebootkrieges sei dadurch verraten, die Engländer unnötig gereizt worden. Beides ist unzutreffend und bedeutungslos. Die Verwendung der Unterseeboote gegen englischen Frachtraum war in der Presse schon während der ersten Zeit des Krieges, ja bereits vor dem Krieg erörtert, und wenn überhaupt noch eine Aussicht vorhanden war, die britische Regierung dahin zu bringen, daß sie sich in der Außerachtlassung des Seerechts Schranken auflegte, so war dies nur dadurch möglich, daß man ihr eine geladene Flinte vor Augen hielt. Politische Folgen konnten nur dann entstehen, wenn man loschoß.

Schon vom Beginn des November ab hatten bei den leitenden Marinebehörden Erörterungen über einen etwaigen Unterseebootkrieg eingesetzt. Am 7. November 1914 stellte der Chef des Admiralstabes den Entwurf einer Unterseebootsblockadeerklärung der ganzen Küsten Großbritanniens und Irlands zur Erörterung. Ich machte darauf aufmerksam, daß bei der Neuheit der Waffe die Ubootsblockade völkerrechtlich bisher nicht behandelt wäre. Den Zeitpunkt für die Blockadeerklärung dürfte man nicht früher wählen, als bis eine einigermaßen hinreichende Anzahl von Ubooten zur Stelle wäre¹⁾. Es schien mir fraglich, ob nicht besser der kommandierende Admiral des Marinekorps in Glan-

¹⁾ Bezüglich der Frage, ob wir im Frieden mehr Uboote hätten bauen können, vgl. den Anhang.

dern die Blockadeerklärung ausspräche, damit nicht Kaiser und Regierung in dieser Angelegenheit festgelegt würden. „Die Blockade von ganz England“, so schloß ich mein kurzes Votum, „klingt zu sehr nach Bluff, Blockade zunächst der Themse scheint mir besser.“ Ich hielt es für richtiger, erst einmal im Kleinen anzufangen und zu sehen, wie die Dinge militärisch und politisch laufen würden. Eine solche Beschränkung hätte unseren Mitteln besser entsprochen und die Welt allmählich an den neuen Sperrgedanken gewöhnt. Wir hätten Amerika geschont, insbesondere die stets auf Liverpool fahrenden atlantischen Passagierdampfer nicht berührt und so die Gefahr verringert.

Admiral v. Pohl machte sich meinen Standpunkt nicht zu eigen. Am 15. Dezember legte er mir den Entwurf eines Schreibens an das Auswärtige Amt vor, in dem er Zustimmung zur Eröffnung des Unterseebootskriegs Ende Januar erbat, und zwar sollte der englische Kanal und die sämtlichen das Vereinigte Königreich umgebenden Gewässer als Kriegsgebiet erklärt werden. Das Schreiben erwähnte noch eine Äußerung des amerikanischen Bootschafers Gerard, aus welchem der Chef des Admiralstabs schließen zu können glaubte, daß von Seiten Amerikas kein allzu großer Widerspruch zu erwarten wäre.

Am 16. Dezember 1914 erwiderte ich auf diesen Vorschlag folgendes:

„Euer Exzellenz beehre ich mich auf das Schreiben vom 15. Dezember zu erwidern, daß ich die Absendung des ihm beiliegenden Ersuchens an das Auswärtige Amt für verfrüht halte.

Man kann meines Erachtens von diesem nicht gut jetzt schon eine Äußerung darüber verlangen, ob im Februar nächsten Jahres gegen eine so folgenschwere Maßnahme, wie sie die beabsichtigte Ubootsunternehmung darstellt, politische Bedenken bestehen.

Ich habe aber auch Bedenken gegen die von Euer Exzellenz beabsichtigte Methode der Kriegsführung. Der Unterseebootskrieg ohne Blockadeerklärung, wie er von Euer Exzellenz vorgeschlagen wird, geht meines Erachtens in seiner Wirkung auf die Neutralen sehr viel weiter als eine regelrechte Blockade und ist deswegen politisch erheblich gefährlicher.

Die bisherigen Kriegserfahrungen haben leider gezeigt, daß Deutschland auf die Handelsinteressen der Neutralen mehr Rücksicht nehmen muß als England. Auch die Bezugnahme auf die Maßnahmen der Engländer, die das Befahren der nördlichen Nordsee als gefährlich bezeichnet haben, scheint mir nicht ganz zutreffend. Die Engländer haben einmal das Gebiet nicht von sich aus für gefährdet erklärt, sondern auf Grund der (freilich

falschen) Behauptung, daß wir Minen gelegt hätten, und zweitens, daß neutrale Schiffe sich der Gefahr aussetzten, für deutsche Minenleger gehalten und entsprechend behandelt zu werden.

Ich darf Euer Erzellenz auch zur Erwägung anheimstellen, ob es wirklich angebracht ist, das Privatgespräch des Botschafters Gerard mit dem Vorsitzenden der Bremer Handelskammer als Beweismittel für ein so rigoroses Vorgehen ins Feld zu führen, wie es der geplante Ubootskrieg bedeutet. Schließlich könnte ich glauben, daß amtliche Stellen bei uns, die völkerrechtliche und moralische Bedenken schon gegen eine Unterseebootsblockade hegen, solche Bedenken in noch ungleich höherem Maße gegen diese Art des Vorgehens geltend machen werden. Der von Euer Erzellenz aufgestellte Entwurf dürfte diesen Protest eher steigern als beseitigen.

Abgesehen von Vorstehendem bin ich aber durchaus der Ansicht, daß ein planmäßiges Vorgehen in großem Stil gegen den englischen Handel mit Unterseebooten innerhalb der Marine auf das energischste und mit allen Mitteln vorbereitet werden muß. In meinem Geschäftsbereich geschieht dies."

Admiral v. Pohl antwortete mir hierauf, er könnte meiner Ansicht, daß es für den geplanten Schritt noch zu früh wäre, nicht beitreten. Nach eingehenden Erörterungen mit dem Auswärtigen Amt und auf Grund einer Denkschrift des dortigen Ministerialdirektors Kriege habe man sich auch entschlossen, an der Form der Kriegsgebietserklärung festzuhalten und nicht diejenige der Blockade zu wählen. Das Auswärtige Amt wäre durchaus bereit, diese neue Form zu vertreten. Juristische-doktrinäre Erwägungen gaben also den Ausschlag.

Im weiteren Verlauf empfahl ich dem Chef des Admiralstabes noch, sich wegen des Unterseebootskrieges vor Unterredung mit dem Reichskanzler das Einverständnis des Generalstabschefs v. Falkenhayn womöglich schriftlich zu sichern. Soweit mir bekannt, blieb auch dieser Rat unbeachtet.

Am 27. Januar 1915 wurde ich vom Reichskanzler zu einer Unterredung über diese Frage aufgefordert. Ich legte dar, daß wir England gegenüber nur vorwärts kämen, wenn wir ihm selbst den Krieg fühlbar machten; die Uboots-Blockade würden wir in irgendeiner Form m. E. nicht vermeiden können. Über die juristische und politische Seite der Angelegenheit sei ich nicht hinreichend unterrichtet, um die Zweckmäßigkeit der Form ohne weiteres abschließend beurteilen zu können. Der Reichskanzler lehnte in diesem Gespräch die Möglichkeit und Not-

wendigkeit eines Unterseeboots-Handelskrieges nicht grundsätzlich ab. Politische Verhältnisse erlaubten jedoch nach seiner Ansicht nicht, vor Frühjahr oder Sommer 1915 eine Entscheidung zu fällen. Ich war mit einem solchen Aufschub der noch nicht genügend durchgearbeiteten Ubootsfrage unbedingt einverstanden. Unter anderem hielt ich es für richtig, die Fertigstellung der Untersee flotte für Flandern und der dortigen Wersteinrichtungen abzuwarten.

Im übrigen sagte ich bei dieser Gelegenheit Herrn von Bethmann auf eine dahingehende Frage, daß bei der Neuheit des Kampfmittels vom militärischen Standpunkt aus eine unbedingte Zusicherung seiner Wirksamkeit natürlich nicht gegeben werden könnte. Ich war jedoch überzeugt, daß unsere Maßnahme einen gewaltigen Eindruck machen und daß sehr viele Handelsschiffe durch die ihnen drohende Gefahr abgeschreckt werden würden.

Nach diesen Vorgängen wird man begreifen, wie außerordentlich verblüfft ich war, als bereits wenige Tage nach diesem Gespräch, nämlich am 4. Februar 1915 in Wilhelmshaven Admiral v. Pohl im Einverständnis mit dem Reichskanzler dem Kaiser die Kriegsgebiets- und Ubootserklärung vorlegte. In dieser Erklärung wurden die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des Kanals als Kriegsgebiet erklärt und gesagt, daß jedes in diesem Gebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört würde, ohne daß es immer möglich sein würde, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauches neutraler Flaggen nicht immer vermieden werden kann, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen. Für letztere wurde die Fahrt nördlich der Schetlandsinseln und ein Streifen an der holländischen Küste freigelassen. Man wird den Unterschied dieser Erklärung von meinem eigenen Vorschlag ohne weiteres erkennen. Ich wünschte zunächst nur eine Ubootsblockade der Themse. Eine Blockade ist effektiv, wenn jedes Schiff, das die Zone passiert, in erheblicher Gefahr der Wegnahme oder Vernichtung steht. Wenn wir alles auf die Themse zusammenzogen, um eine absolute Sperrung des Verkehrs, auch für neutrale Schiffe, herbeizuführen, so blieb doch die übrige Küste frei, und so konnten bei dieser Art der Ausführung wirksame Beschwerden

der Neutralen zunächst nicht vorkommen. Im Admiralstab war man mit der Ausarbeitung meines Gedankens der Themsesperre beschäftigt, als Pohl unter dem 31. Januar auf einmal unter Berufung auf den Reichskanzler die Sache umwarf. Durch die Ausdehnung des Sperrgedankens auf die ganze Küste wurde er weniger wirksam, rechtlich unklar und mehr herausfordernd. Es mangelte dieser Erklärung die Effektivität, die Substanz, und dadurch regte sie den Widerspruch an. Sie minderte den Kredit unserer eigenen Erklärungen und damit in gewissem Sinne auch das Prestige der deutschen Marine herab. Sie sah etwas nach Bluff aus und durch die in der Erklärung liegende Unklarheit, nämlich das sichtbare Bestreben, die Neutralen zu schonen, aber zugleich die Drohung, es nicht zu tun, erregten wir Zweifel an unserem Recht auf diese Kriegsführung. Jedenfalls war diese Kriegsgebietserklärung, wenn ich von der juristischen Seite absehe, politisch und militärisch unzuweckmäßig. Welche Gründe vorgelegen haben, unter Ubergang meines Votums den Ubootskrieg in Szene zu setzen, ist mir nicht bekannt geworden. Jedenfalls war ich wieder einmal, diesmal wohl in einer der wichtigsten Fragen meines Ressorts, ungehört geblieben, der Ubootskrieg über meinen Kopf hinweg und gegen meinen Willen eröffnet, in einer Form, die nicht Glück verhieß¹⁾.

¹⁾ Unterm Datum des 2. Februar, eingegangen am 3. Februar, teilte der Admiralstab dem Reichsmarineamt mit, daß der Reichskanzler der Kriegsgebietserklärung zugestimmt hätte, deren beabsichtigter Wortlaut übermittelt wurde. Hiervon habe ich nichts erfahren; denn meine Abreise von Berlin nach Wilhelmshaven erfolgte am 3. früh. Da nach dem Kabinettsbefehl vom 30. Juli 1914 derartige Entschlüsse ohne mein Votum gar nicht erfolgen konnten, so besteht der begangene Fehler darin, daß eine Entscheidung von dieser Tragweite getroffen wurde, ohne meine Äußerung abzuwarten. Ein solcher Schritt mußte doch durchgearbeitet werden, bevor man zu einem Entschlusse kam. Admiral Bachmann schreibt mir über seinen Anteil an den Ereignissen: „Ich habe meine Bedenken gegen eine so frühzeitige Aufnahme des Uboots-Krieges dem Admiral von Pohl gegenüber am 2. Februar 1915, als ich nach Berlin berufen war, um zu erfahren, daß ich Chef des Admiralstabes werden sollte, unverhohlen zum Ausdruck gebracht. Dieser wies meine Bedenken: geringe Zahl von Ubooten, keine Stützpunkte in Flandern und anderswo, Unerfahrenheit im Uboots-Handelskriege usw. zurück und erklärte, die Frage sei schon entschieden; Reichskanzler, Auswärtiges Amt, Generalstab hätten zugestimmt und die kaiserliche Genehmigung stände unmittelbar bevor. Als ich am 6. Februar mein neues Amt antrat, war die Kriegsgebietserklärung mit der Unterschrift von Bethmann und Pohl erlassen.“

Der Kaiser stimmte zu. Ich stand zufällig dabei, konnte aber aus der ganzen Situation heraus nur noch die Änderung erreichen, daß man in der Erklärung auf den englischen Flaggenmißbrauch Bezug nehmen möchte.

Der weltgeschichtliche Entschluß war, wie ich später erfuhr, am 2. Februar in einer Sitzung beim Reichskanzler mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, im Beisein des Reichsamts des Innern und scheinbar ohne Widerspruch des Großen Generalstabs gefaßt worden. Nach der Sitzung hat am Spätabend desselben Tages kurz vor Pohls Abfahrt nach Wilhelmshaven die juristische Autorität des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Kriege, im Auftrag des Reichskanzlers beim Admiralstabschef gegen dessen Bedenken noch eine Änderung in der Fassung der Kriegsgebietserklärung durchgesetzt. Ich erwähne dies nur, um das enge Zusammenarbeiten der hinzugezogenen Dienststellen und das völlige Einverständnis des Reichskanzlers mit dem Vorgehen des Admiralstabes zu zeigen. Admiral v. Müller hat am 8. März 1915 sich brieflich darüber wie folgt geäußert: „Ich habe ebenso wie der Staatssekretär die Art der Inzenerierung des Ubootshandelskrieges nicht gebilligt. Der Zeitpunkt war schlecht gewählt, die Mittel nicht genügend bereitgestellt, und die Redaktion der Ankündigung war äußerst ungeschickt. Pohl hat die Zustimmung des noch sehr fachunkundigen Reichskanzlers gefunden und hat dann den Kaiser am 4. Februar auf der Bootsfahrt durch den Wilhelmshavener Hafen nach der „Seydlitz“ mit der verabredeten Fassung der Bekanntmachung überrumpelt. Es war illoyal von Pohl, nicht vorher mit dem Staatssekretär über die Fassung der Ankündigung zu sprechen. Er war aber auch illoyal gegen mich, dessen Rat er sonst immer gesucht hat, wenn es sich um wichtige Entschlüsse handelte. Er wollte durchaus die Veröffentlichung unter seinem Namen loschießen, und da war allerdings der 4. Februar der äußerste Zeitpunkt, denn an diesem Tage hatte er das Kommando der Hochseestreitkräfte schon übernommen und war damals schon strenggenommen nicht mehr Chef des Admiralstabes.“

Der Stein war ins Rollen gebracht. Am 18. Februar 1915 sollte der Unterseebootskrieg beginnen, der nach Bethmanns gegen meinen Rat gefaßten Entschluß jedem auf England oder Irland fahrenden Schiff den Untergang androhte.

2

Nachdem vor der ganzen Welt feierlich und mit einer gewissen Fanfare die meines Erachtens verfrühte und unglückliche Erklärung einmal abgegeben war, galt es festzubleiben, sollte die Würde und damit die Macht des Reichs nicht einen schweren Stoß und die Zuversicht der Feinde eine verhängnisvolle Stärkung erfahren.

Am 12. Februar erging die erste Note Amerikas gegen den Unterseebootskrieg, die den verantwortlichen Stellen doch kaum unerwartet kommen konnte. Trotzdem schlug von diesem Tage an zum Erstaunen Pohls die Stimmung des Auswärtigen Amts in der Ubootsfrage um. Dessen Vertreter im Hauptquartier, Treutler, hat später geäußert, der Kanzler wäre von Pohl mißverstanden worden, während Pohl die Möglichkeit eines Mißverständnisses auf das bestimmteste bestritt, da er dem Reichskanzler die Bedeutung genau auseinandergesetzt hätte. Noch ehe also der am 4. Februar geborene Ubootskrieg den ersten Atemzug getan hatte, eilten seine eigenen Väter erschreckt, ihn zu ersticken.

Nach meiner Auffassung konnte ein Verzicht auf den Ubootskrieg durch uns allenfalls dann in Betracht kommen, wenn England auf dem Gebiet des Seekriegsrechts entsprechende Zugeständnisse machte. Dazu genügte nach Ansicht der Zivilstellen, daß England sich auf den Boden der Londoner Deklaration stellte. Ich hielt es wohl für möglich, daß England in solcher Weise einlenkte, wenn es die Gefahren des Ubootskrieges für noch größer hielt als den Nutzen, der ihm aus der Nichtbeachtung der Londoner Deklaration erwuchs. Damit hätten wir uns abfinden können, denn obwohl die Londoner Deklaration nicht gerade entscheidende Lockerungen unserer Abschnürung zur See bot, so hätten die Engländer doch wenigstens durch ihre Annahme einen starken Prestigeverlust erlitten und wir, wenn der scharfe Ubootskrieg nun einmal vorläufig aufgehoben werden sollte, damit wenigstens etwas erreicht.

Für die Beantwortung der Note wartete der Reichskanzler die Zustimmung weder des Admiralstabschefs noch die meinige ab, verhinderte vielmehr mit Hilfe des Marinekabinetts unsere von Falkenhayn geforderte Hinzuziehung und schickte den beabsichtigten Entwurf unmittelbar dem Kaiser zu, der sich damals in Löben besand. Gegen dieses Geschäftsverfahren legte der neuernannte Chef des Admiralstabes,

Admiral Bachmann, am 14. Februar beim Kaiser Verwahrung ein, ebenso gegen den Inhalt des Entwurfes selbst, der das Hin- und Herfallen unserer Politik den Feinden in gefährlicher Weise enthüllen mußte.

Am Abend des 15. Februar erhielt der Chef des Admiralstabes unvermutet vom Kaiser den Befehl, den uneingeschränkten Ubootskrieg nicht wie angekündigt, am 18. Februar, sondern erst auf besonderen Ausführungsbefehl zu beginnen. Zugleich wurden am 15. Februar die Ubootskommandanten angewiesen, neutrale Schiffe im Sperrgebiet zu schonen. Ferner traf ein Telegramm des Kabinettschefs ein folgenden Inhalts: Der Kaiser wollte eine umgehende telegraphische Meldung darüber haben, ob und in welchem Maße eine Gewähr dafür übernommen werden könnte, daß innerhalb 6 Wochen nach Beginn des neuen Handelskrieges England zum Einlenken gezwungen sein würde. Meine Stellungnahme sei in der Antwort mitzutelegraphieren.

Bei dem übergroßen Entgegenkommen, welches unsere später (am 17. Februar) abgesandte Antwortnote Amerika bewies, lag der Schwerpunkt in der Aufforderung, die amerikanische Regierung möchte einen Weg finden, um die Beachtung der Londoner Deklaration auch von Seiten Englands zu erlangen; dann würde die deutsche Regierung aus der so geschaffenen neuen Sachlage gern die Folgerungen ziehen. Das hieß mit anderen Worten, wir würden dann sogar die Verwendung von Ubooten nicht nur gegen den neutralen Frachtraum im Sperrgebiet, sondern auch gegen den feindlichen Frachtraum selbst aufgeben. Dieser Auffassung, daß es unser Ziel sein müßte, England auf den Boden der Londoner Deklaration zu bringen, stand ich, wie schon gesagt, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, und so erging folgendes Telegramm nach Löben: „Staatssekretär und Admiralstabschef sind überzeugt, daß England 6 Wochen nach Beginn des neuen Handelskrieges einlenken wird, wenn es gelingt, von Anfang an alle für diese Kriegführung verwendbaren Machtmittel energisch einzusetzen.“ Wir hatten uns über das Telegramm des Kabinettschefs und die zu ertheilende Antwort des längeren den Kopf zerbrochen. Wir gewannen die Überzeugung, man wollte uns durch die Anfrage wegen der 6 Wochen zu einer verneinenden Antwort zwingen und dann den Rückzug vor Amerika ausschließlich durch unser Botum rechtfertigen. Ich entsinne mich noch der Worte des Admirals v. Capelle: „Auf eine dumme Frage gehört eine dumme Antwort.“ In der That war es eine unbillige

und allen militärischen Grundsätzen widersprechende Forderung, daß man uns auf eine solche zeitlich begrenzte Frist festlegen wollte; andererseits konnte in der That doch angenommen werden, daß bei der großen, damals noch durch keinerlei Gegenmittel gehemmten Wirkung einer wenn auch verhältnismäßig kleinen Zahl von Unterseebooten England veranlaßt würde, nachzugeben und auf den Boden der Londoner Deklaration zu treten. Wir sahen hier zum ersten Male jenes unselige Terminsetzen für kriegerische Operationen, das später noch so oft eine bedenkliche Rolle gespielt hat. Ich habe ein solches Verfahren stets für falsch gehalten, aber ebenso wie später wurde schon jetzt die Marine geradezu gewaltsam dazu gedrängt.

Natürlich war es nicht ausgeschlossen, daß England in hochmütiger Unterschätzung des Unterseebootkrieges vielleicht doch hartnäckig bleiben würde. In diesem Falle hätten wir den scharfen Ubootskrieg fortführen müssen; unserem eigenen Interesse wäre diese Lösung am dienlichsten gewesen. Der Ubootskrieg aber, wie er am 18. Februar begonnen wurde, namentlich mit der Einschränkung, daß dabei keine neutralen Schiffe zur Versenkung kommen dürften, mußte von vornherein ohne wirkliche Kraft bleiben, da die englischen Schiffe, was sie nach unserer sicheren Kenntnis vorher schon größtenteils getan hatten, nun erst recht unter neutraler Flagge fuhren. Der von der britischen Admiralität ihren Kauffahrern empfohlene Flaggenmißbrauch war damit sehr wirksam geworden. Viele tapfere Ubootsbesatzungen sind diesen Anordnungen zum Opfer gefallen. Man möge sich nur des Baralongmordes erinnern.

Wir ließen die Kriegsgebietserklärung bestehen, behielten also die Amerika verstimrende Schale des Ubootskrieges bei, um der öffentlichen Meinung Deutschlands den Anschein von Haltung zu zeigen, höhnten aber durch die auf Veranlassung der politischen Leitung geänderten Befehle an die Ubootskommandanten den militärischen Kern heraus, handelten also stark mit dem Wort und schüchtern mit der That. Die Kriegsführung der Uboote war jetzt gemäß Bachmanns Vorhersage wirkungslos für den Endsieg des deutschen Volkes, bot aber noch Stoff genug für Zwischenfälle und Verärgerung mit Amerika.

Wie schon gesagt, waren Admiral Bachmann und ich, wenn wir auch die erlassene Ubootserklärung für verfrüht und der Form nach nicht für glücklich angesehen hatten, der Ansicht, daß, nachdem sie einmal

in die Welt herausgegangen war, Deutschland auf jede Gefahr hin festbleiben mußte.

Wenn wir auf die erste amerikanische Note höflich aber bestimmt ablehnend geantwortet hätten, so wäre nach meiner Überzeugung damals und später eine Kriegserklärung nicht erfolgt, ebenso kein Abbruch der Beziehungen. Amerika war noch nicht so verärgert und einseitig geworden, hatte noch Respekt vor uns und war noch nicht so sehr in seine Entente-Darlehen verwickelt. Der für Seerecht empfängliche Sinn der Amerikaner empfand selbst die unneutrale Haltung seines Landes als unbehaglich. Staatssekretär des Auswärtigen war noch der Pazifist Bryan. Es wäre Wilson damals unmöglich gewesen, sein Land feindlich gegen uns festzulegen. Darin lag für uns noch eine große Chance¹⁾. Auch für die damals vom Fürsten Bülow geführten Neutralitätsverhandlungen mit Italien wünschte unsere römische Botschaft telegraphisch „das unabänderliche Festhalten an unserem Standpunkt und die Aufrechterhaltung des Respekts vor der Kraft Deutschlands und seiner Flotte“. Es war unerläßlich, von vornherein gegen Amerika eine offensive Notenpolitik hinsichtlich dessen unneutraler Haltung zu führen; gegen die Waffen- und Munitionslieferungen, die Handhabung der drahtlosen Telegraphie zuungunsten Deutschlands, die stillschweigende Anerkennung der völkerrechtswidrigen Blockade Englands, das Verfahren gegen unsere Auslandskreuzer oder gegen die neutrale Post usw. mußte Beschwerde über Beschwerde erhoben werden. Eine solche Politik Amerika gegenüber war ungefährlich, denn wir brauchten ja kein Ultimatum an den Schluß eines scharfen Protestes zu setzen. Wenn wir auch die im Krieg wachsende englisch-amerikanische Gemeinbürgerschaft vielleicht nicht verhindert hätten, so wäre sie doch wahrscheinlich weniger gefährlich geworden. Wir hätten allen Elementen in den Vereinigten Staaten, welche der Richtung Wilsons widerstrebten, den Deutschen, Irländern, Quäkern, Baumwoll-Interessenten ein klares Stichwort gegeben, um welches sie sich hätten sammeln können. Die Methode, mit welcher wir die Amerikaner behandelten, schlug nie die richtigen Saiten an. Wenn wir sagten: „Ihr Amerikaner habt ja formell ganz recht, wenn ihr Munition usw. liefert, aber schön ist es nicht von euch,“ so bewirkten wir gerade das Gegenteil von dem, was wir

¹⁾ Vgl. auch unten S. 379 f.

wollten, wie die Folgezeit bewiesen hat, ganz abgesehen davon, daß tatsächlich die Umgestaltung Amerikas in ein Arsenal für unsere Feinde der Sache nach der unerhörteste Neutralitätsbruch war, den es gab. Zwischen Amerika und Deutschland lag sogar in dieser Hinsicht ein Sonderfall bereits vor. Im spanisch-amerikanischen Kriege hatten wir auf Vorstellung des amerikanischen Botschafters Andrew White ein mit Waffen für Kuba bestimmtes Schiff in Kurhaven zurückgehalten.

Behandelten wir die Ubootsfrage mit kühler Folgerichtigkeit, so bereiteten wir den Boden für die Auffassung, daß es sich bei unserem Ubootskrieg nicht um eine Frage der Vergeltung für den Hungerkrieg handelte, wie leider von uns stets allein betont wurde, sondern um eine Berechtigung, die sich klar und unwiderleglich aus dem von England selbst zu Beginn des Krieges geschaffenen Völkerrecht zur See ergibt. Die neue Waffe konnte nicht in Auffassungen aus der Zeit der Segelschiffe vor hundert Jahren gepreßt werden, sondern hatte das Recht auf neue Normen. Glaubt jemand ernstlich, daß in einem zukünftigen Kriege andere Völker, die um ihr Dasein kämpfen, nicht in gleicher Weise wie wir sich der Ubootswaffe bedienen werden, selbst wenn neue völkerrechtliche Bestimmungen dies verbieten sollten?

Wir mußten spätestens im Februar 1915 erkennen, daß die Politik Wilsons expresserische Züge aufwies. Wir hatten in dem ernsthaften Bestreben, neutrale Schiffe zu schonen, den Amerikanern angeboten, ihre Schiffe das Sperrgebiet passieren zu lassen, wenn sie einwandfrei als neutrale erkennbar würden (durch Geleitzüge). Amerika bezeugte nicht so viel guten Willen, hierauf einzugehen. Wenn englische Uboote in der Ostsee, sogar in schwedischen Territorialgewässern oder in der Adria unsere Handelsschiffe torpedierten, also genau dasselbe und Schlimmeres als wir taten, so regte das niemand in der Welt auf. Das ungeheure Buch der unbekümmertsten englischen Völkerrechtsbrüche blieb in Amerika zugeschlagen und ungelesen. Man starrte immer auf die Seite, worauf der deutsche Ubootskrieg stand. An dieser Ungerechtigkeit der Welt hatte die Schwächlichkeit unserer Politik, die den Eindruck des bösen Gewissens hervorrufen mußte, wesentlichen Anteil. Vergebens habe ich wiederholt beim Reichskanzler auf den Charakter der Wilsonschen Politik hingewiesen und dringend befürwortet, mit dieser Tatsache sich abzufinden. Dadurch aber, daß wir eine gerechte und grundsätzliche Stellung nach der anderen räumten, haben wir nur

erreicht, daß Wilson in seinen Ansprüchen und in seiner Taktik des Drohens immer weiter ging. Forderungen, die wir noch in den ersten Kriegsjahren bei ruhiger Festigkeit ohne Gefahr eines Bruches hätten ablehnen können, haben sich mehr und mehr zu Prestigefragen verhärtet. Während unser Ansehen bei allen seefahrenden Nationen unermesslichen Schaden erlitt, weil ihnen unser eigener Glaube an den Sieg erschüttert schien, haben wir Wilson immer mehr auf einen Standpunkt heraufgeschraubt, dessen Behauptung ihm schließlich zur Ehrensache geworden ist. Von den praktischen Vorteilen, die uns bei einer nachgiebigen Haltung von Bethmann, Helfferich, Graf Bernstorff u. a. eifrig in Aussicht gestellt wurden, ist uns nicht ein einziger zugefallen. Amerika hat uns auch nie wirklich greifbare Konzessionen gemacht. Bei der deutschen Illusionsfähigkeit kam es ohne solche aus. Mit dem Sinken unseres eigenen Prestiges und des Glaubens der Neutralen an unsern Sieg wurde auch der für uns allein richtige Weg einer politischen Neuwendung zu Japan und Rußland, je länger der Krieg dauerte, um so mehr erschwert.

3

Am 7. Mai 1915 wurde die „Lusitania“ torpediert, ein englischer Personendampfer, der zugleich als Hilfskreuzer in der britischen Marine-schiffsliste stand. In frevelhaftem Leichtsinne hatten sich trotz der Warnung unseres Botschafters auf diesem bewaffneten und schwer mit Munition beladenen Kreuzer amerikanische Bürger eingeschifft, die bei der Versenkung ums Leben kamen. Der Kommandant des Ubootes, welches die „Lusitania“ torpedierte, hat übrigens den angegriffenen Dampfer erst als „Lusitania“ erkannt, als das Schiff unterging und sich zur Seite legte. Da er das Schiff von vorn angriff, konnte er die Zahl der Masten und Schornsteine vorher nicht erkennen. Nachdem der Torpedo getroffen hatte, erfolgte eine zweite Explosion im Innern des Schiffes durch die an Bord befindlichen Munitionsmassen. Durch diesen Umstand allein trat das sofortige Sinken der „Lusitania“ und der große Verlust an Menschenleben ein. Ich war zu der Zeit in Berlin und telegraphierte am 9. Mai ins Hauptquartier, es wäre jetzt dringende Staatsnotwendigkeit, den Rechtsstandpunkt zu wahren; Entgegenkommen gefährde unsere Stellung mehr als Festigkeit. Man konnte die Menschenleben bedauern, mußte aber zu unserem guten Recht stehen. Dann erhöhte sich unser Prestige in Amerika, und die

Kriegsgefahr wurde dadurch am stärksten vermindert. Am 12. Mai antwortete mir der Kabinettschef, daß der Kaiser mit meinem Standpunkt einverstanden wäre. Am 15. Mai erhielten wir die erste amerikanische „Lusitania“-Note, welche die Mißbilligung der Torpedierung durch uns und entsprechenden Schadenersatz verlangte. Wir antworteten hinzögernd. Es begann erneut ein wochenlanges Hin- und Herberaten zwischen den verschiedenen Reichsstellen. Am 31. Mai fand in Pless eine allgemeine Besprechung darüber unter dem Vorsitz des Kaisers statt. Admiral v. Müller teilte Admiral Bachmann und mir gleich bei der Ankunft mit, der Reichskanzler lehnte die Verantwortung für die Führung des Ubootskrieges in der bisherigen Form ab. Der Gesandte v. Treutler und General v. Falkenhayn wären derselben Ansicht wie der Kanzler. Der Chef des Admiralstabes und ich vertraten dagegen den Standpunkt, daß das Verlangen des Reichskanzlers, den Ubootskrieg so zu führen, daß keine politischen Konflikte entstünden, militärisch nicht durchführbar wäre. Seine Majestät mußten daher entscheiden, ob der Ubootskrieg überhaupt geführt werden sollte oder nicht. Der Kaiser stimmte unserer Auffassung zu und sagte, wenn der Kanzler nicht die Verantwortung übernehmen wollte, den Ubootskrieg überhaupt aufzugeben, so bliebe es bei den bisherigen Befehlen. Das Ergebnis der Beratung war also ein Befehl an die Ubootskommandanten, der einen erneuten zusammenfassenden Hinweis auf die bereits früher angeordnete Schonung der Neutralen enthielt, die Versenkung englischer Schiffe dagegen ohne Ausnahme bestehen ließ.

Schon am 2. Juni aber übersandte der Reichskanzler ein Ersuchen an den Chef des Admiralstabes, auch die Schonung „feindlicher“ großer Passagierdampfer anzuerkennen. Davon war in der Besprechung vom 31. Mai nicht die Rede gewesen. Admiral Bachmann trug seine Gegengründe vor, die vom Reichskanzler aber nicht anerkannt wurden. Herr v. Bethmann rief daraufhin eine neue Entscheidung des Kaisers über die militärische Führung des Ubootskrieges an, ohne uns heranzuziehen. Am 5. Juni erging demgemäß vom Kaiser der Befehl, Passagierdampfer, auch solche des Feindes, nicht zu versenken. Ein Telegramm mit kurzer Darlegung der Gegengründe, in letzter Stunde vom Chef des Admiralstabes und mir an den Kaiser abgesandt, blieb unberücksichtigt.

Der Kanzler hatte nicht die Entschlußkraft, den Ubootskrieg ganz

aufzugeben. Aber er wollte ihn doch scheinbar führen, um der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber das Gesicht zu wahren. In Wirklichkeit aber konnten nach diesem Befehl große Dampfer überhaupt nicht mehr angegriffen werden, denn für die Uboots-Kommandanten war die Unterscheidung zwischen Passagier- und Frachtdampfer in den allermeisten Fällen unmöglich. Sowohl Admiral Bachmann wie ich reichten wegen des Geschäftsverfahrens des Reichskanzlers unseren Abschied ein, der aber, und zwar bei mir in ungnädigster Form, abgelehnt wurde.

Am 2. Juni berichtete unser Botschafter aus Washington über eine Audienz bei Wilson, der ihm gesagt hätte, daß sein Bestreben auf gänzliche Aufhebung des Ubootskrieges ginge. Wir sollten durch seine Preisgabe einen Appell an die öffentliche politische Sittlichkeit richten, da nur durch eine Verständigung hierüber, nicht mehr durch die Waffen, der Krieg endgültig entschieden werden könnte. Graf Bernstorff empfahl dringend, darauf einzugehen, dann wäre Aussicht auf ein Waffen- ausfuhrverbot vorhanden, andernfalls würde möglicherweise ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgen und eine Steigerung der Waffenausfuhr ins Ungemessene. M. E. übersah der Botschafter hierbei, daß die amerikanische Kriegsindustrie sich, soviel überhaupt in ihrem Vermögen stand, trotzdem steigern würde und daß es eine utopische Hoffnung war, von Amerika ein Sonderverbot für Waffenausfuhr zu erlangen.

Anfang Juni ging endlich die Antwort des Auswärtigen Amtes auf die amerikanischen Lusitania-Forderungen ab. Diese veranlaßte eine neue amerikanische Note, welche zwar unfreundlich und ablehnend, aber doch so gehalten war, daß eine Beantwortung nicht formell erforderlich war. Damit war die Angelegenheit vorläufig erledigt. Wir führten den Ubootskrieg nach einer Methode weiter, bei der er nicht leben und nicht sterben konnte.

Eine große Zahl mir bekannter Herren, die mit amerikanischen Verhältnissen eingehend vertraut waren, äußerten die bestimmte Ansicht, daß unsere Notenpolitik Wilson und seinen Hintermännern gegenüber grundsätzlich falsch wäre. Selbst solche, die im übrigen ihren ganzen Einfluß aufboten, um mit England und Amerika zu baldiger Verständigung zu kommen, stimmten mit dem bureaukratisch-juristischen Wege, den das Auswärtige Amt immer wieder einschlug, nicht überein.

So schrieb Herr Ballin am 1. August 1915 in bezug auf unsere Antwortnote wegen des Lusitaniafalles:

„Ich befinde mich auch jetzt noch in bezug auf die weitere Behandlung dieser amerikanischen Angelegenheit im vollsten Gegensatz zu der Auffassung der Wilhelmstraße. Die letzte Note hätte sofort, d. h. also innerhalb 24 Stunden beantwortet werden müssen, und die Beantwortung war so leicht. Man hätte einfach zu sagen gehabt: „Die Kaiserliche Regierung bedauert lebhaft, aus der Note, welche Euer Exzellenz im Auftrage Ihrer Regierung mir zu übermitteln die Güte hatten, zu ersehen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht gewillt ist, das weitgehende Entgegenkommen anzuerkennen, welches die Kaiserlich deutsche Regierung in ihrer letzten Antwortnote bekundet hat. Die Kaiserlich deutsche Regierung kann unter diesen Umständen nur den Wunsch aussprechen, daß die Bürger der Vereinigten Staaten in entsprechender Form von ihrer Regierung gewarnt werden, sich auf Schiffe zu begeben, welche zur Flagge feindlicher Mächte gehören und die von der deutschen Regierung bezeichnete Kriegszone zu passieren beabsichtigen.“

Meines Erachtens hätte, wie gesagt, innerhalb 24 Stunden eine derartige kurze Antwort dem Mr. Gerard zugestellt werden müssen. Daß wir wieder vierzehn Tage brüten, bringt die Amerikaner zu dem Eindruck, als hätten die deutschen verantwortlichen Männer wieder die Hosen voll. Daß die Leute in Washington Hemdsärmelpolitiker sind, weiß man doch, und die Behandlung solcher amerikanischer Angelegenheiten müßte sich auf die Psyche dieser Nation einstellen.“

Soweit Ballin, doch möchte ich auch einen Vertreter der gegen-
teiligen Auffassung zum Wort kommen lassen. Staatssekretär Helfferich schrieb am 5. August 1915 an den Reichskanzler, um anzuregen, daß der Ubootskrieg während einiger Wochen, unter Umständen auch drei Monate lang noch weiter eingeschränkt werden sollte. Er glaubte, daß die amerikanische Regierung uns positiv eingeladen hätte, an der Freiheit der Meere mitzuarbeiten. Darum hoffte er, daß ein Rückzug unsererseits vor der amerikanischen Note eine gemeinsame Front Amerikas und Deutschlands gegen England herstellen würde. Die Baumwollpflanzler würden einen so starken Druck auf Wilson ausüben, daß die deutsche Webindustrie vor Stilllegung und Hunger bewahrt werden könnte. Wenn wir Wilson diese „good chance“ böten, für seine Ideale einzutreten, so müßte er sie benutzen. Deutschland aber sollte, so

meinte Helfferich, seine Gegner einzeln erledigen, wie der Horatier der Sage die drei ihn verfolgenden Kuriatier, indem er nämlich einen geschickten Rückzug antrat und sie so teilte. Der Vorwurf der Schlappheit könnte der deutschen Regierung bei einem solchen Rückzug so wenig gemacht werden, wie dem Horatier. Helfferich nahm also an, daß der Prestigeverlust nicht zählte und daß die Weltmächte so töricht sein würden, wie die drei Kuriatier der Fabel.

Ich vermute, daß Ballin die Amerikaner besser zu behandeln verstanden hat, als Bethmann oder Helfferich. Jedenfalls haben wir nach dem Arabicfall noch sehr viel mehr zugegeben, als Helfferich vorschlug, aber nicht einen Baumwollballen bekommen. Überdies hatten wir Wilson schon beim ersten Notenwechsel im Februar 1915 Gelegenheit gegeben, eine derartige Interessengemeinschaft zu schließen, auf welche die unverwüstliche deutsche Illusionsfähigkeit Jahr um Jahr wartete, obwohl uns auch im besten Fall die Londoner Deklaration, dieses A und D der Juristen im Auswärtigen Amt, keine kriegsentscheidenden Vorteile gebracht hätte.

Im Ausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär v. Jagow am 15. August, daß wir uns durch Amerika im Ubootskrieg nicht beeinflussen lassen würden. Sobald aber der Reichstag im Wesentlichen erledigt war — geschlossen wurde er am 27. August — ging der Reichskanzler, unterstützt von Falkenhayn und Admiral v. Müller mit aller Macht darauf aus, die Einstellung des Ubootskrieges zu erwirken. Die Versenkung des englischen Dampfers „Arabic“ wurde als Anlaß genommen, obwohl eine Ubootsmeldung über den Vorgang überhaupt noch nicht vorlag und ebensowenig eine amerikanische Beschwerde darüber. Wie Gesandter v. Treutler beim späteren Vortrag bei Seiner Majestät ausgeführt hat, kam es auf den Arabicfall selbst gar nicht an, sondern auf eine endgültige Verständigung mit Amerika.

Entgegen seiner mir am 7. August gemachten Zusage überrumpelte der Reichskanzler den Admiral Bachmann und mich mit der Entscheidung. Die Marine sollte vor eine abgemachte Tatsache gestellt werden. Ich wurde kurz vor Abgang des Nachtzuges am 25. August telegraphisch nach Pless gerufen zum Vortrag am nächsten Morgen. Nur auf der kurzen Fahrt von Rattowitz nach Pless konnte ich mich mit Admiral Bachmann in Verbindung setzen. In Pless am 26. August

angelangt, hatten wir sofort kurze Besprechung beim Reichskanzler. Er bezeichnete auf Grund einer Meldung unseres Marineattachés in Washington und einer Äußerung des Botschafters Gerard die Lage als sehr ernst. Er, der Reichskanzler, könnte nicht dauernd auf Vulkanen wandeln. Es sollte an den Botschafter nach Washington telegraphiert werden, die Ubootskommandanten hätten bestimmten Befehl, keinerlei Passagierdampfer ohne Warnung und ohne daß den Passagieren und Besatzungen Gelegenheit zur Rettung gegeben sei, zu torpedieren. Die Frage des Schadensersatzes für „Lusitania“ sollte einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Wir müßten ferner die Vereinigten Staaten bitten, England zu veranlassen, sich auf den Boden der Londoner Deklaration zu stellen. Ich wies darauf hin, daß der Kanzler die Bedeutung der Londoner Deklaration offenbar überschätzte und daß ferner ein Schiedsgericht über den Lusitania-Fall mit aller Sicherheit zu unseren Ungunsten ausfallen würde, da internationale Festsetzungen über Uboote noch nicht beständen.

Bei der Besprechung wurde keine Einigung erzielt, und so folgte alsbald beim Kaiser der Vortrag, der durch die im geöffneten Nebenzimmer wartende Frühstückstafel abgekürzt war. Ich hob hervor, daß wir unter allen Umständen doch eine Meldung des Ubootskommandanten über die Versenkung des „Arabic“ abwarten müßten, ehe Entscheidungen getroffen würden. Wenn Mißhelligkeiten mit Amerika zurzeit durchaus vermieden werden müßten, so könnten wir die Uboote für einen gewissen Zeitraum aus den englischen Gewässern überhaupt zurückziehen und nach dem Mittelmeer schicken, wie ich das dem Reichskanzler gegenüber schon in einer Besprechung vom 7. August erwähnt hatte. Im übrigen ließe sich meines Erachtens eine ausreichende Note für Amerika entwerfen, welche doch den Grundsatz des Ubootskrieges nicht aufgäbe. Bachmann, der über die Stimmung in Amerika günstige Nachrichten hatte, wies in dem gemeinschaftlichem Vortrage vor dem Kaiser darauf hin, daß eine öffentliche Erklärung, wie sie der Reichskanzler haben wollte, nicht nötig sei, da eine Anweisung der Uboote, Passagierdampfer zu schonen, tatsächlich bereits seit Anfang Juni bestände und nur geheimgehalten worden sei, da sie nicht im Einklang mit den Erklärungen in unseren Antwortnoten an Amerika stände. Gäbe man jetzt diese Erklärung öffentlich, so erklärte man damit die feindliche Behauptung der Unzulässigkeit des

Ubootskrieges für zutreffend. Man brauchte, wenn überhaupt etwas gesagt werden mußte, nur zu erklären, daß für die nötige Sicherung der Passagierdampfer im Ubootskriege gesorgt würde, das „Wie“ wäre unsere Sache. Ein voreiliges Aufgeben des Ubootskrieges — und darauf ließe die vom Kanzler gewünschte Erklärung hinaus — mußte als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden und könnte nur ungünstig auf die Stimmung im Reiche und bei den Neutralen wirken. Trotz Widerspruch des Reichskanzlers und des Vertreters des Auswärtigen Amtes, v. Treutler, entschied der Kaiser im Sinne des Vorschlages der Marinevertreter, wonach die Depesche an den Botschafter in Washington nicht abgehen sollte. Er befahl, daß zunächst vom Reichskanzler, dem Chef des Admiralstabes und mir eine nötigenfalls an die Vereinigten Staaten abzugebende Erklärung vorbereitet und ihm vorgelegt werden sollte.

Am nächsten Tage, 27. August, führte der Reichskanzler trotz dieser klaren Entscheidung einen neuen Entschluß des Kaisers in seinem Sinne herbei, ohne mich und den Chef des Admiralstabes irgendwie heranzuziehen. Diese letzte Entscheidung wurde uns am Nachmittag desselben Tages mündlich durch den Gesandten v. Treutler mitgeteilt mit dem Hinzufügen, daß eine entsprechende Depesche an den Botschafter in Washington schon abgegangen sei. Um diese Entscheidung zu befördern, war angeblich gerade im rechten Augenblick auch noch eine Depesche des Papstes eingetroffen, die uns in dieser Richtung drängte. „Jetzt fressen sie uns aus der Hand“, erklärte Gerard am 27. August; er schätzte offenbar unsere Diplomaten gering ein und wußte, daß Amerika mit ihnen alles machen könnte. Zu Amerikanern hatte er, nach Mitteilung eines Amerikaners, schon am 24. August auf Grund eines Anerbietens v. Jagows gesagt: „Amerika wird es gut aufnehmen; ich bin nur neugierig, wie es Deutschland aufnehmen wird. Jetzt muß entweder Tirpitz den Abschied nehmen oder Jagow.“ Bereits am 27. August erschienen in englischen und amerikanischen Zeitungen Artikel in dem Sinne „Tirpitz exit“. Diese Nachrichten waren also von der deutschen Zensur, mit andern Worten vom Auswärtigen Amt durchgelassen worden, noch ehe die kaiserliche Entscheidung vorlag. Damit war der Ubootskrieg zunächst erledigt, ein schallendes Triumphgeschrei Amerikas und unserer Feinde die Folge. Deutschland hatte in ungewöhnlichem Maß an Prestige eingebüßt. Die neutrale Welt war erfüllt

von dem Zurückweichen Deutschlands, während die Stellung Wilsons überall und namentlich in Amerika in die Höhe schnellte.

Auf Grund dieses Ueberrumpungsverfahrens des Reichskanzlers habe ich am 27. August Seine Majestät um Ablösung von meinem Posten als Staatssekretär gebeten, wobei ich mich zu jeder anderen Verwendung als Soldat zur Verfügung stellte. Am 30. August wurde mein Gesuch abschlägig beschieden. „Andererseits“, so hieß es in der Kabinettsorder, „ist Mir bei diesen wie bei vielen vorangegangenen Fällen die Überzeugung geworden, daß ein Zusammenarbeiten des Reichskanzlers mit Ihnen in den Marinefragen, welche das Gebiet der Auswärtigen Politik berühren — und das sind so ziemlich alle Fragen der Seekriegsführung — ausgeschlossen ist“. Auf meine regelmäßige beratende Mitwirkung auf diesem Gebiet müßte daher verzichtet werden. „Sie von der Stellung als Staatssekretär des Reichsmarineamts zu entbinden, lehne ich aber auf das allerbestimmteste ab. Sie können nicht im Zweifel darüber sein, daß ein Wechsel in dieser Stellung während des Krieges — ganz besonders bei den augenblicklichen Personalverhältnissen im Reichsmarineamt — nicht nur empfindliche Nachteile für das Arbeiten der ganzen Marine haben muß, sondern daß das Ausscheiden Ihrer Person aus dem Amte im gegenwärtigen Augenblick die bedenklichsten Folgen im In- und Auslande zeitigen würde, die zu vermeiden Meine wie Ihre heilige Pflicht ist. Zudem kann ich einem Offizier im Kriege nicht gestatten, auf Grund von Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Verwendung der Seestreitkräfte, über die Ich als oberster Kriegsherr in letzter Linie und mit vollem Bewußtsein meiner Verantwortung entscheide, seinen Abschied zu erbitten.“

Nachdem ich erklärt hatte, daß der Inhalt dieser Kabinettsorder mein Verbleiben im Amt unmöglich machte, wurde mir vom Kaiser eine kurze Privataudienz bewilligt und zugleich eine Remedurorder zugesichert. Ich erhielt also am 19. September 1915 die kaiserliche Zusage, daß es durchaus in der Absicht des Kaisers läge, meine „Ansichten über alle wichtigen marinepolitischen Fragen einzuholen“. Daraufhin habe ich mich entschlossen, nicht auf meiner Enthebung zu bestehen. Eine große Zahl von Politikern und sehr hohe Personen hatten mich in der gleichen Richtung bestürmt.

Admiral Bachmann jedoch, der gegen die Ueberrumpelung des Kaisers

durch den Reichskanzler protestiert hatte, wurde abgelöst und durch Admiral z. D. von Holzendorff ersetzt. Admiral von Holzendorff war nach dem Kaisermanöver von 1912 in den Ruhestand getreten. Er hatte sich vor seiner Ernennung bei mehrfachen Gelegenheiten für den Standpunkt des Herrn von Bethmann ausgesprochen. Er erhielt die Anweisung, seinen Aufenthalt regelmäßig nicht im Hauptquartier, sondern in Berlin zu nehmen, wie sich dasselbe in jener Zeit auch für mich aus den Verhältnissen ergab.

4

Es wird von Wert sein, zu sehen, wie sich der Ubootskrieg vom Standpunkt der Flottenleitung entwickelte, welche, abgesehen von dem Mittelmeer, von Flandern und von der Ostsee, mit seiner Führung betraut war. Der damalige Chef des Stabes beim Flottenkommando hat mir hierüber folgende tabellarische Mitteilungen gemacht.

4. II. 15. Erklärung des Kriegsgebiets.

14. II. 15. Ersuchen aus zwingenden politischen Gründen, den entsandten Ubooten funkentelegraphischen Befehl zu geben, verläufig Schiffe mit neutralen Flaggen nicht anzugreifen. (Befehl war nach damaligem Stand der Uboots-Funkentelegraphie nicht ausführbar, da Boote schon weit weg waren. Im übrigen fuhr damals jedes Schiff unter neutraler Flagge.)

15. II. 15. Befehl aus dem Hauptquartier, U- und Handelskrieg gegen Neutrale nicht 18. Februar, sondern erst auf besonderen Ausführungsbefehl beginnen. Infolge dieses Befehls mußten die Boote der nächsten Ablösung zurückgehalten werden, also eine Pause eintreten.

18. II. 15. Für die dänische und schwedische Schiffahrt wird ein Streifen zwischen Lindesnäs und Lyne freigegeben, in dem nicht verseucht und versenkt werden darf.

20. II. 15. Ausführungsbefehl für Nordsee und englischen Kanal. Amerikanische und italienische Flagge soll auch in diesen Gebieten geschont werden. Ein freier, gesicherter Streifen für die Skandinavier nach England wird vorgesehen.

22. II. 15. Ausführungsbefehl für Westküste. Vorsicht gegen amerikanische und italienische Flagge besonders empfohlen.

7. III. 15. Der freie Streifen für Skandinavier wird aufgehoben, derselbe soll aber nicht durch Minen verseucht werden; er bleibt sachlich also fast ungefährdet.

30. III. 15. Der freie Streifen wird ganz aufgehoben.
2. IV. 15. Nach Verlust einiger Uboote durch Ubootsfallen: Sicherheit der Fahrt der eigenen Boote geht allen anderen Rücksichten voran. Auftauchen der Boote nicht mehr erforderlich.
18. IV. 15. Neue Warnung zur Schonung der Neutralen.
24. IV. 15. Desgleichen.
7. V. 15. „Lusitania“-Fall. In der Flotte als großer Erfolg angesehen. Englischer, also feindlicher Dampfer, dem keine der bisherigen Einschränkungen zustand, außerdem armiert. Kommandant ins Hauptquartier gerufen, vom Kabinettschef sehr ungnädig behandelt.
6. VI. 15. Befehl, keine großen Passagierdampfer anzugreifen, auch nicht feindliche.
26. VI. 15. Flottenchef schreibt an Admiralstab:
 „Meiner Ansicht nach, die von der ganzen Flotte geteilt wird, dürfen wir im Ubootskrieg keine Nachgiebigkeit zeigen. Gründe:
 1. Jedes Zurückweichen von der Kriegsgebietserklärung muß als politische Niederlage angesehen werden.
 2. Absicht der Kriegsgebietserklärung war, Englands Import und Export zu treffen, nicht Vernichtung bestimmter Schiffe. Schonung und Entschädigung der Neutralen für Versenkungen zieht Handel unter neutraler Flagge nach England geradezu groß.
 3. Nachgeben gibt der feindlichen Behauptung Nahrung, daß die beabsichtigte Kriegsführung barbarisch wäre.
 4. Nur energische Durchführung des Ubootskrieges verwandelt Vorzüge der insularen Lage Englands ins Gegenteil. Auch für Deutschlands künftige Entwicklung von ungeheurer Bedeutung. Zurückweichen gibt die Wirkung der Uwaffe gegen England aus der Hand.“
- Flottenchef bittet, seine Gründe persönlich gegenüber der politischen Leitung vertreten zu dürfen, da er Verantwortung für die Führung des Ukrieges von vornherein übernommen. Die persönliche Vertretung des Flottenchefs wird abgelehnt, dafür der Führer der Uboote und ein Ubootskommandant zur Auskunfterteilung zum Reichskanzler befohlen.
19. VIII. 15. „Arabie“-Fall. Graf Bernstorff erklärt in Amerika, Kommandant würde bestraft. (Ubootskommandanten werden erneut auf Innehaltung der befohlenen Beschränkungen hingewiesen.)
27. VIII. 15. Befehl, bis Lage klargestellt, keine weiteren Uboote zum Handelskrieg auszusenden.

30. VIII. 15. Befehl, bis auf weiteres auch keine kleinen Passagierdampfer ohne Warnung und Rettung der Besatzung zu versenken.
1. IX. 15. Flottenchef telegraphiert an Kabinettschef für den Kaiser, daß dieser Befehl nur mit äußerster Gefährdung der Uboote durchzuführen sei, die er nicht vertreten könne; stellt daher seine Stellung zur Verfügung. Antwort vom Kabinettschef, nach der Seine Majestät sich Einsprüche des Flottenchefs gegen Allerhöchsten Befehl verbitten müßte.
18. IX. 15. Gesamtlage erfordert, daß für nächste Wochen jede Möglichkeit für Verstöße gegen die Ausführungsvorschriften des Ubootskrieges vermieden würden. Daher Befehl, jede Art Ubootskrieg an Westküste und Kanal einzustellen, in der Nordsee nur Ubootskrieg nach Prisenordnung zu führen. Praktisch gänzlich Aufhören jeder Ubootsverwendung.

So weit die Eindrücke von der Flotte aus. Ordre, Kontreordre, Desordre!

Wenn man diese Befehle und Gegenbefehle mustert, die zum Teil unausführbar waren, und ferner den Umstand bedenkt, daß sie erst durch die verschiedenen Kommandos an die einzelnen Ubootskommandanten gelangten, so wird man verstehen können, welche Verwirrung und Erbitterung sich bei diesen herausbilden mußte durch das unaufhörliche und sich oft widersprechende Eingreifen der politischen Leitung und des Kabinetts. Eigene Latkraft, Auffassung der Kameraden und wohl auch diejenige der unmittelbaren Vorgesetzten drängten zur Leistung. Bestrafung und Kriegsgericht drohten den tapferen Ubootskommandanten, wenn sie die unklaren Befehle mißverstanden oder irgendwelche politischen Schwierigkeiten sich zeigten.

Wie anders hat England in ähnlichen Fragen der Seemacht verfahren! Seit Jahrhunderten gilt dort der Grundsatz, daß alle Handlungen der britischen Seeoffiziere nach außen gedeckt wurden, wenn sie nur energisch waren.

5

Im Dezember 1915 wurde zwar die österreichische Regierung, die im „Ancona“-Fall einen bemerkenswerten und wohlbegründeten Achtungserfolg über Wilson davongetragen hatte, durch das deutsche Auswärtige Amt zum Pater peccavi veranlaßt. Ungefähr gleichzeitig aber war in der Auffassung der deutschen Heeresleitung bezüglich des Ubootskrieges eine Änderung eingetreten. Die Armeefronten waren

erstarrt und eine Entscheidung des Krieges immer schwieriger geworden. Wohl unter diesem Eindruck fanden auf Ersuchen der Heeresleitung am 30. Dezember 1915 und am 5. Januar 1916 Sitzungen über den Ubootskrieg im Kriegsministerium statt. General v. Falkenhayn teilte mit, daß, nachdem Bulgarien jetzt auf unsere Seite getreten wäre, er den unbeschränkten Ubootskrieg annehmen wollte, wenn die Marine Erfolg gewährleiste. Falkenhayn hatte — nach seiner Angabe — im Herbst 1915 den Reichskanzler in der Bekämpfung des Ubootskrieges unterstützt, weil er auf Grund der Angaben des auswärtigen Amtes gefürchtet hatte, daß Bulgarien sich dadurch abhalten lassen könnte, uns beizutreten. Mitteilungen von Enver, Äußerungen von Radoslawow und vom Botschafter v. Wangenheim bestreiten übrigens diese Annahme aufs entschiedenste¹⁾.

Bei der Sitzung im Kriegsministerium führte ich die Möglichkeit und Ausführbarkeit des Ubootskrieges aus. Ich empfahl anstatt der früheren Kriegsgebietserklärung eine Art Sperrung des Handelsverkehrs mit England. Admiral v. Holzkendorff bezeichnete die Eröffnung des Ubootskrieges als eine Erlösung für die Marine, empfahl aber, ihn erst am 1. März zu beginnen. Über den Entschluß zum Ubootskrieg und den Anfangstermin wurde zwischen Falkenhayn, Holzkendorff, dem Kriegsminister Wild v. Hohenborn und mir völlige Einigung erzielt.

Die mündliche Stellungnahme Holzkendorffs für die Verwendung des Ubootskrieges wurde bestätigt durch eine Denkschrift des Admiralstabs vom 7. Januar. Wenn wir die Einschränkung beim Ubootskrieg fallen ließen, so hieß es da, könnte auf Grund der früheren Erfahrungen in sichere Aussicht gestellt werden, daß der englische Widerstand in längstens einem halben Jahre gebrochen wurde. Die amerikanische Gefahr wurde anerkannt, aber ausgeführt, daß, wenn nicht bis Herbst 1916 eine für Deutschland günstige Entscheidung erzwungen werde, dann die Hoffnung auf einen Friedensschluß schwinde, der Deutschland für die nächsten Jahrzehnte ein gesichertes, wirtschaftlich entwicklungsfähiges Dasein bringen könnte. Eine weitere Denkschrift des Admiralstabs ähnlichen Inhalts vom 12. Fe-

¹⁾ Eine holländische Pressemeldung aus der zweiten Hälfte August 1915 besagte, daß Bulgarien geizigert hätte, das Bündnis mit uns zu schließen, als es sah, wie wir nach dem Arabie-Falle vor Amerika und England Kotau machten.

bruar 1916 ging an eine größere Zahl wirtschaftlicher Sachverständiger, die sich sämtlich zustimmend äußerten und im Allgemeinen in der sofortigen Aufnahme des unbeschränkten Ubootskrieges die einzige und letzte Chance für Deutschland erblickten.

Meinerseits wurde im Februar 1916 eine Denkschrift über die Notwendigkeit und Ausführbarkeit des Ubootskrieges an den Chef des Generalstabes übersandt¹⁾. Über diese Denkschrift sowie über die ganze Ubootsfrage hatte Kapitän Widenmann in meinem Auftrage mit General v. Falkenhayn am 11. und 12. Februar eine eingehende Unterredung im Hauptquartier. Falkenhayn sagte etwa: „Wir sind alle darüber einig, daß England bis zur Entscheidung kämpfen will. Die Entscheidung liegt im Besitz Belgiens. Geben wir Belgien heraus, so sind wir verloren. Ich habe mich für den Ubootskrieg entschieden und rechne bestimmt auf seine Ausführung. Ich werde mich voll für ihn einsetzen und ihn durchsetzen.“

In schroffem Gegensatz zu der Anschauung des Kanzlers war ich mir schon damals darüber klar, daß eine weitere Verzögerung des Ubootskrieges die höchste Gefahr mit sich brächte, und habe die erwähnte Denkschrift mit folgenden Sätzen geschlossen, die sich zum Unglück Deutschlands später als richtig erwiesen haben: „Unbedingt notwendig ist die alsbaldige und rücksichtslose Einsetzung der Ubootswaffe. Ein längeres Hinausschieben des ungehemmten Ubootskrieges würde England Zeit zu weiteren militärischen und wirtschaftlichen Abwehrmaßregeln lassen, würde unsere Verluste später nur erhöhen und den baldigen Erfolg in Frage stellen. Je eher die Ubootswaffe eingesetzt wird, desto eher wird der Erfolg eintreten, desto rascher und energischer wird Englands Hoffnung, uns durch einen Erschöpfungskrieg niederzuringen, vereitelt werden. Mit England ist aber auch der Koalition unserer Gegner das Rückgrat gebrochen.“

Eine große Zahl von Korporationen und Persönlichkeiten war in dieser Zeit an den Reichskanzler zwecks Befürwortung des Ubootskrieges herantreten. Unter diesen möchte ich ein Schreiben Hugo Stinnes' an den Kanzler anführen, das nach eingehender Information in Schweden zu fast gleicher Zahlenrechnung kommt, wie meine Denkschrift. Diese Eingaben von Politikern und anderen Persönlichkeiten

¹⁾ Eine ähnliche Denkschrift war vorher an den Reichskanzler gegangen.

in beachtenswerten Stellungen waren in keiner Weise von mir veranlaßt worden.

Am 23. Februar hatte ich in Wilhelmshaven zufällig Gelegenheit, dem Kaiser zu sagen, wie ich mit Freuden vernommen hätte, daß ein ernstlicher Krieg gegen den englischen Frachtraum in Aussicht genommen würde. Die Frachtraumfrage wäre zur Entscheidungsfrage des ganzen Krieges geworden, und es dürfte nicht gezögert werden. Es handelte sich für das Deutschland um einen Daseinskampf. Die kleinen neutralen Staaten ergäben keine wesentliche Gefahr. Der Kaiser müßte zu einem Entschluß kommen.

Der entscheidende Vortrag beim Kaiser fand am 6. März 1916 statt, und zwar, trotz der obenerwähnten Remedurorder, ohne meine Hinzuziehung. Ich habe, als ich nichtamtlich Nachricht von einer bevorstehenden Sitzung erhielt, bei Admiral v. Müller anfragen lassen, ob der Kaiser mich zu den Besprechungen erwartete. Admiral v. Müller gab hierauf die Antwort: „Nein, Seine Majestät hat die Anwesenheit des Herrn Staatssekretärs nicht befohlen.“ Der Reichskanzler, Falkenhayn, Holzkendorff waren anwesend. Der Ubootskrieg wurde gegen Falkenhayns Botum auf unbestimmte Zeit vertagt. Am 8. März habe ich mich erkrankt gemeldet und erhielt mit wendender Post telegraphisch angekündigt die Aufforderung, meinen Abschied einzureichen. Ich sandte darauf folgendes Gesuch ab:

Berlin, den 12. März 1916.

„Euerer Majestät habe ich mit vollen Kräften gedient, um das Lebenswerk Eurer Majestät zu fördern, dem deutschen Volk den Weg über die See und in die Welt zu weisen.

In dem Entscheidungskampf gegen die Feinde, die uns diesen Weg der nationalen Entwicklung mit dem Schwert vertreten wollen, haben Euerer Majestät meinem Räte nicht folgen können.

Den Einfluß, den Euerer Majestät mir wiederholt allergnädigst zugesichert hatten, habe ich bei den letzten großen Entscheidungen über die Anwendung unserer Seemacht nicht mehr ausüben können.

Mein Amt, Euerer Majestät Regierung vor dem Volk in den Fragen der Seegelung zu vertreten, vermag ich nicht mehr pflichtmäßig zu versehen. Die schwere Sorge, das Lebenswerk Eurer Majestät und die nationale Zukunft Deutschlands auf dem betretenen Wege

zusammenbrechen zu sehen, macht es mir klar, daß meine Dienste Euerer Majestät Regierung nicht mehr von Nutzen sein konnten.

Meine frühere Bitte, mich von meinen Pflichten zu entheben, haben Euerer Majestät nicht zu genehmigen geruht.

Die Zermürbung meiner seelischen Kräfte durch die in letzter Zeit gesteigerten inneren Kämpfe, unter denen ich gestanden habe, machte es für mich jedoch unabweislich, Euerer Majestät zu melden, daß ich die Geschäfte des Staatssekretärs des Reichsmarineamts nicht mehr zu führen vermag.

Nach Euerer Majestät allergnädigsten Entschliebung darf ich nunmehr alleruntertänigst bitten, mir den Abschied aus meinem Amt als Staatssekretär in Gnaden zu bewilligen."

Am 17. März erhielt ich den Abschied. Admiral v. Capelle wurde mein Nachfolger. Er war im Sommer 1915 entschiedener Anhänger des Ubootskrieges. Vor Übernahme seines Amtes hatte er sich jetzt aber verpflichten müssen, in allen maritim-politischen Fragen sich dem Reichskanzler anzuschließen. Dazu wurde der Ubootskrieg gerechnet.

Meine Stellung beim Kaiser und Kanzler war im März 1916 so verbraucht, daß ich damit rechnen mußte, nächstens durch irgendeine beliebige Veranlassung zum Gehen gezwungen zu werden. Schwere Kränkungen hatte ich schon vorher über mich ergehen lassen müssen. Ich erbat den Abschied, nachdem meine nächsten Berater zur Überzeugung gekommen waren, er wäre jetzt nicht mehr aufzuschieben, da meine Ausschaltung entgegen allen Zusicherungen mir die Möglichkeit erspriesslichen Wirkens endgültig abschnitt. Ebenso hatte ich aus der Umgebung des Kaisers gehört, daß mein Verhältnis zu ihm als unwiederherstellbar betrachtet würde. Ich sah uns zum Abgrund rollen und konnte die Vertretung vor dem Reichstag und die Verantwortung vor der Nation für das Wagnis einer weiter hinzögernden Kriegsführung nicht mehr tragen. Trotzdem nahm ich meinen Rücktritt nicht leicht, da ich die Gewißheit besaß, daß er die Siegeszuversicht der Feinde beleben würde. Ich hatte dem Kaiser angeboten, meinen Abgang durch Krankheitsgründe unauffälliger zu gestalten; doch wurde diese Handhabe nicht ergriffen, und ich konnte den Eindruck des Ereignisses nur dadurch mildern, daß ich

die mir von weitesten Kreisen zgedachten Ehrungen ohne Rücksicht auf die Gefühle der Demonstranten im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Marken unterdrückte.

Hätte ich vorausgesehen, daß die Schlacht am Skagerrak meine Stellung wieder stärken und daß Hindenburg und Ludendorff an die Spitze kommen sollten, so würde ich wohl allen Demütigungen zum Troß versucht haben, auszuharren; und dann würde bei Bethmanns im Herbst 1916 so erschütterter Stellung möglicherweise die Polenproklamation unterblieben, der Friede mit dem Zaren kräftiger angestrebt und der Ubootskrieg noch rechtzeitig begonnen worden sein. Aber wer will der Vorsehung in die Karten blicken?

6

Am 24. März 1916 wurde der französische Dampfer „Suffer“ torpediert. Auf eine entsprechende Anfrage der Vereinigten Staaten wurde vom Admiralstab am 10. April vor Eintreffen der Meldung des betreffenden Ubootskommandanten geantwortet, daß die deutsche Regierung annehmen müßte, daß die Beschädigung des „Suffer“ auf eine andere Ursache als den Angriff eines deutschen Ubootes zurückzuführen sei. Nachher traf aber die Meldung ein, daß die „Suffer“ doch von einem unserer Uboote torpediert worden war. Der Dampfer war nach Meldung des besonders erfahrenen und umsichtigen Ubootskommandanten wie ein Kriegsschiff gestrichen, und auf seinem Deck befand sich eine große Anzahl englischer Truppen in Uniform. Der Kommandant des Ubootes glaubte daher auch formell im Recht zu sein.

Auf unsere Note vom 10. April, deren tatsächliche Unrichtigkeit von Amerika nachgewiesen wurde, erfolgte die bekannte amerikanische Niederborungsnote vom 20. April, die ein unverzügliches Aufgeben der bisherigen deutschen Methode des Ubootskrieges verlangte und mit Abbruch der Beziehungen zur deutschen Regierung drohte. Nach Bekanntwerden dieser Note habe ich am 24. April noch einmal eine Denkschrift an den Kaiser geschickt mit der dringenden Bitte, Wilson nicht nachzugeben. Eine Antwort auf diese Denkschrift ist mir nicht zuteil geworden; dagegen hat die Regierung am 4. Mai eine Note an Amerika gerichtet, welche den amerikanischen Forderungen wich, aber die amerikanische Regierung aufforderte, bei der großbritannischen Regierung diejenigen völkerrechtlichen Normen durchzusetzen, die vor

dem Kriege anerkannt waren. Falls diese Schritte der Vereinigten Staaten nicht zum Erfolg führten, würde sich die deutsche Regierung einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich volle Freiheit der Entschließung vorbehalten müßte.

Wilson hatte die Bestrafung des Ubootskommandanten verlangt, welcher die „Susser“ torpediert hatte. Der Kommandierende Admiral des Marinekorps in Flandern ließ keine Bestrafung eintreten, da der Ubootskommandant im Recht gewesen wäre; daraufhin wurde der Kommandant vom Kaiser selbst bestraft. Der schwache Rest von Unterseebootskrieg, den wir noch gehabt hatten, erlosch praktisch, ausgenommen im Mittelmeer.

Bezeichnend für die Kräfte, welche gegen den Ubootskrieg arbeiteten, ist die Mitteilung eines Augenzeugen über die Vorgänge, welche sich nach Eingang meiner obenerwähnten Denkschrift im Hauptquartier abspielten. Sie sei den Ubootsgegnern sehr unerwünscht gekommen, der Kaiser habe aber von ihr einen nachhaltigen Eindruck erhalten, wohl weil ihr Inhalt ihn in der eigenen Beurteilung bestärkte, so daß er sich entschlossen habe, die Note Wilsons abzulehnen und den Ubootskrieg nunmehr ohne Einschränkung zu führen. Diesen Entschluß habe der Kaiser dem Kanzler und der Heeresleitung mitgeteilt. Einwände des ersteren blieben zuerst ohne Erfolg. Der Kaiser sei aber nachher von dem Kabinettschef v. Müller stark bedrängt worden, dem Kanzler nachzugeben, was schließlich auch geschah. Bei diesem Vorgang habe der Umstand eine Rolle gespielt, daß der Chef des Admiralstabes im Gegensatz zu seinen früheren Denkschriften dem Kabinettschef gegenüber sich zu dem Standpunkt des Kanzlers bekehrt hätte. Bei diesem letzten Entschluß des Kaisers scheint die Heeresleitung nicht mehr gehört zu sein. Jedenfalls reichte der General v. Falkenhayn umgehend seinen Abschied ein, der aber nicht bewilligt wurde.

Die Susser-Note war ein entscheidender Wendepunkt des Krieges, der Beginn unserer Kapitulation. Alle Welt sah, daß wir vor Amerika niederbrachen. Seit dieser Entscheidung ging es mit uns rückwärts. Die sittliche Entrüstung über den Ubootskrieg in England und in Amerika war anfangs nur ein Bluff gewesen, um uns abzuschrecken. Allmählich war es mehr geworden. Diejenigen in Deutschland, die ein feines Gefühl hatten für die ideale und im Grund doch höchst reale Macht des Prestiges, wurden durch die Annahme der Nieder-

borungsnote Wilsons tief erschüttert. England wurde durch die Entscheidungen vom März und Mai 1916 von der stärksten materiellen Lebensgefahr befreit, welche es je im Lauf seiner Geschichte bedroht hatte. Indem das deutsche Volk das Gnadengeschenk des Ubootskriegs, das ihm als letzte Chance in den Schoß gefallen war, verschmähte, entschied es nicht nur seinen eigenen Austritt aus der Reihe der Weltvölker, sondern verstärkte auch den Willen Englands, nunmehr durchzuhalten bis zur völligen Vernichtung des deutschen Volkes.

Der Ubootskrieg, im Frühjahr 1916 schrankenlos aufgenommen, enthielt unsichere Faktoren wie jede strategisch-politisch-wirtschaftliche Berechnung. Aber es läßt sich heute gewisser als je sagen, daß er die Engländer zu einer versöhnlichen Stimmung gebracht hätte, die sich zwar wohl nie so kläglich und unverständig geäußert hätte, wie die Friedensresolution unserer Reichstagsdemokratie von 1917 — dazu sind die Engländer ein zu politisches Volk —, aber materiell für uns zu einem annehmbaren Friedensschluß ausgereicht hätte. Im Frühjahr 1916 war freilich kein Monat mehr zu verlieren, — nicht nur wegen des Wachstums der feindlichen Abwehrmaßnahmen, sondern auch wegen des Rückgangs unserer eigenen Widerstandskraft. Wenn dann nach längstens einjährigem Frachtraumkrieg in England die Not gefühlt worden wäre, würden die Moral unseres eigenen Volkes und seine Kraftreserven noch so hoch gestanden haben, daß wir die Wirkung abwarten konnten. Für die durchschlagende Kraft eines damals unternommenen Ubootskriegs und für die Lebensgefahr, die damit über England schwebte, kann ich jetzt eine lange Reihe englischer Bekenntnisse anführen, welche unsere Demokratie und andere Interessenten vergeblich in Vergessenheit sinken lassen möchten. Noch 1917, ein Jahr zu spät, waren wir dicht vor dem Ziel, so daß man erkennen konnte, daß der Ubootskrieg, auch nur ein halbes Jahr früher begonnen, noch durchgeschlagen haben würde.

So schreibt z. B. der „Economist“ vom 7. September 1918:

„Wenn auch wenige damals die drohende Gefahr erkannten, sind wir dem Verlust des Krieges sehr nahe gekommen, weil wir vergaßen, daß eine Kampfbeherrschung der Meere ohne Wert ist, wenn man nicht die Mittel besitzt, die beherrschten Meere zu nutzen . . . Einmal während der letzten vier Jahre kamen die Deutschen dem Gewinn des Krieges meßbar nahe. Das war nicht im Frühjahr 1918, als die Armeen Englands und Frank-

reichs unter den deutschen Sturmangriffen wankten. Es war im Frühjahr 1917, als die Aussichten zu Lande günstig erschienen. Die Deutschen, an der Somme geschlagen, waren auf die Hindenburglinie zurückgegangen und hatten im Westen die Verteidigung aufgenommen. Rußland war noch ein Faktor im Kriege. Und doch war dies Frühjahr von 1917 tatsächlich die kritischste und tödlichste Zeit, die wir seit Kriegsbeginn durchlebt haben. Kurze Zeit schien es, als ob die Flotte versagt hätte, und unsere Verbindungen, von denen alles abhing, durchbrochen werden sollten. Wenn die Verluste Englands und des Verbandes an Handelsschiffen in dem Maßstabe des April, Mai und Juni 1917 angedauert hätten, so hätten die Deutschen den Krieg gewonnen, bevor das Jahr zu Ende gewesen wäre. Aber die Flotte ... wurde der Ubootsgefahr Herr und verringerte deren Wirksamkeit sehr."

Die „Morning Post“ vom 3. Oktober 1918 schreibt:

„Hätte Deutschland eine Woche vor Ausbruch des Krieges seine große Streitmacht von Kreuzern auf die fernen Seestraßen verteilt, so würde es vielleicht Verderben über uns gebracht, sicherlich uns sehr schwere Verluste zugefügt haben. Dann verzögerte die deutsche Seekriegsführung die große Seeschlacht zur Verkrüppelung der englischen Flotte so lange, bis es zu spät war. . . . Später suchte Deutschland dann das durch eine Seeschlacht nicht gewonnene Ziel durch den Unterseehandelskrieg zu erreichen. Er war die größte Gefahr, der dieses Land jemals gegenüberstand. Aber kraft unserer Entschlossenheit, Erfindungsgabe und unbezähmbar harten Arbeit wurde Deutschland wiederum der Siegespreis entrissen, gerade als es ihn fast mit Händen greifen konnte.“

Ein sachverständiger Staatsmann, Chiozza Money, erklärte im November 1918 im Unterhaus:

„Im April 1917 waren die deutschen Uboote so erfolgreich, daß England in 9 Monaten ruiniert gewesen wäre, wenn die Zerstörungen in demselben Tempo fortgedauert hätten.“

Diese Neutermeldung vom 15. November 1918 könnte den deutschen Patrioten wahnsinnig machen, wenn er sich vergegenwärtigt, welche Verstandnislosigkeit für das Wesen des Seekriegs bei uns herrschen und unsere noch einmal zu rettende Zukunft erdroffeln durfte.

Die eigentümlichste Erscheinung bei dieser deutschen Krisis war mir, daß diejenigen Nichtmilitärs, die ihre Hoffnung eines erträglichen Kriegsausgangs nicht auf unsere Waffen, sondern auf Wilsons

Kampf für die Freiheit der Meere und Englands freiwillige Verständigungsneigung setzten, sich nicht auf diese politische Überzeugung beschränkten, sondern sie durch eigene Urteile über rein maritim-technische Fragen glaubten unterbauen zu sollen. Sie maßten sich, allen fachmännischen Autoritäten widersprechend, an, festzustellen, daß wir im geschichtlichen Augenblick des Frühjahrs 1916 noch „zu wenig Uboote besaßen“. Diese Männer in der Wilhelmstraße oder auch in der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ erklärten im Februar 1917 mit anmaßender Sicherheit: „Wir beginnen den Ubootskrieg zu richtiger Stunde, weil wir jetzt genug Boote haben.“ Als dann der durch ihre Schuld verzögerte Unterseebootskrieg nicht mehr so rasch durchschlug, wie er nach den fachmännischen Feststellungen ein Jahr früher gewirkt haben würde, da verließ jene Männer ihre Keckheit nicht: statt sich zu schämen, daß die Ubootswirkung durch ihr Ver säumnis um das entscheidende Stück verkleinert worden ist¹⁾, verurteilten sie hinterher wieder — ihr eignes Verhalten Anfang 1917 verleugnend — den ganzen Ubootskrieg! Um zu ermessen, wie in Deutschlands Schicksalsstunde mit dem Seekrieg gespielt worden ist, stelle man sich vor, daß im Landkrieg Diplomaten, Journalisten und Parlamentarier entscheidende strategische Urteile abgeben wollten. Aber in der Lebensfrage des Seekriegs war unter Deutschen alles möglich. Statt sich auf die amerikanische Frage zu beschränken, deren politischer Ernst auch von mir niemals verkannt worden ist, beruhigte sich der Deutsche mit seinem Instinkt für Selbstvernichtung durch die Formel „wir hätten 1916 nicht genug Uboote gehabt“. Wie ich für die hintangehaltene Seeschlacht der Sündenbock sein sollte, weil angeblich das Material der Flotte zu schlecht wäre, so schoben jetzt die, welche Wilsons wegen den Mut zum Ubootskrieg nicht fanden, vor sich selbst und vor der Welt die Schuld auf die „zu geringe Anzahl“ der Boote¹⁾. Dieses überall ausgesprengte Gerücht war es, womit hauptsächlich die diplomatischen und demokratischen Helfer der Reichsleitung den rechtzeitigen Ubootskrieg verhindert und an Stelle eines raschen und wichtigen, darum auch der Menschlichkeit am meisten entsprechenden Schlages

¹⁾ Wenn Chiozza Money sagt, daß neun Monatsfolge, wie der des April 1917 England ruiniert hätten, so wäre es also noch im August 1916 Zeit gewesen, einzusetzen, aber nicht mehr im Februar 1917.

²⁾ Über den Ubootsbau vor dem Krieg vgl. den Technischen Anhang.

ein Schwäche und schlechtes Gewissen verratendes, unser Unglück besiegelndes Dahinsiechen gesetzt haben¹⁾.

Denn in Wahrheit konnte unser Ubootsbestand 1916 weit mehr leisten als 1917, wie ich im Februar 1916 vorausgesagt habe. Es kommt für den Ubootskrieg nicht auf die Zahl der Uboote, sondern lediglich auf die Versenkungsziffer an. Für diese einfache Wahrheit waren die hinzögernden Politiker zu klug. Die Erträgnisse des Uboots sanken im Verhältnis, wie die Abwehrmaßnahmen der Gegner stiegen. Diese Maßnahmen erforderten Jahre; die Jahre haben wir den Feinden gelassen. Unser Ubootskrieg war nur in einer bestimmten Zeitspanne zu gewinnen; diese Zeitspanne haben wir mit Angst und Hoffnung auf Wilson versäumt. Die erschütternden Zahlen, welche das belegen, konnten der Öffentlichkeit während des Kriegs nicht übergeben werden, woraus die Gegner des Ubootskriegs Nutzen für ihre Entstellungen zogen. Ich greife aus der Summe der Beweise nur eine einzige Tatsache heraus. Im Frühjahr 1916 betrug beim eingeschränkten, d. h. ungenügenden Ubootskrieg die Versenkungsziffer für Boot und Reise 17 000 Tonnen. Beim unbeschränkten Ubootskrieg beträgt die Versenkungsziffer nach den Erfahrungen des Jahres 1916 mindestens das Dreifache des eingeschränkten. Man hätte also damals 51 000 Tonnen für Boot und Reise mit Sicherheit erzielt. Im Sommer 1917 betrug dasselbe Ergebnis 14 000, im Herbst 1917 nur noch 9 000 Tonnen! Wir hatten im Frühjahr 1916 für das bevorstehende Etatsjahr mit zweihundertfünf Ubooten zu rechnen, die im Dienst, im Bau oder in der Erprobung standen, davon einhundert-siebenundvierzig im Bau befindliche, die noch während des Etatsjahres zur Ablieferung kommen sollten²⁾.

Hiernach berechne man das Ergebnis, welches ein wirklicher Ubootskrieg im Jahr 1916 gehabt haben müßte. Man wird den Engländern rechtgeben müssen, daß sie damals den Krieg verloren haben würden,

¹⁾ Die linken Parteien des Reichstags haben an der Verzögerung des Ubootskrieges eine so schwere Mitschuld, daß es für mich ein Gebot der Gerechtigkeit ist, zu erwähnen, daß einzelne kernhafte Männer in der Sozialdemokratie Anfang 1916 meinen Standpunkt voll geteilt haben, ohne damit durchzudringen.

²⁾ Auf das merkwürdige, aber für unsere damaligen Verhältnisse recht bezeichnende Gerücht, ich hätte im Budgetausschuß des Bundesrats falsche Zahlen nennen lassen, gehe ich nicht mehr ein, nachdem es amtliche und gerichtliche Klarstellung gefunden, allerdings vorher seinen politischen Dienst gegen mich getan hat.

wenn wir den Mut gefunden hätten, ihn zu gewinnen. Wenn man die Ubootstagebücher des Jahres 1916 durchblättert, findet man, mit welchem Schmerz die Kommandanten damals reichste, sichere Beute vor ihren Augen passieren lassen mußten. Man macht sich anschaulich, daß sie auf jeder einzelnen Reise damals das Fünf- bis Sechsfache hätten leisten können wie ein Jahr später.

Im Nachstehenden berichtet beispielsweise Kapitänleutnant Steinbrink, ein besonders tüchtiger Ubootkommandant, welcher ausprobieren sollte, ob an Hand der für den Ubootkrieg 1916 erlassenen Bestimmungen überhaupt ein Erfolg, ohne diese Bestimmungen zu verletzen, möglich sei.

Tagebuch des Kommandanten, Juli/August 1916.

„Wegen des zum Torpedoangriff sehr ungünstigen Wetters konnte der Aufenthalt vor der Seine-Mündung nur vier Tage lang, solange Wind und See ein Ungesehenbleiben erleichterten, durchgeführt werden. Während dieser Zeit wurde drei bis acht Seemeilen (ein bis zwei deutsche Meilen) vom Hauptansteuerungspunkt entfernt bei Tag und Nacht der einlaufende Dampferverkehr überwacht, auf jeden einzelnen, erreichbaren Dampfer ein Anlauf gefahren und so aus möglichster Nähe ein Urteil über seinen Charakter genommen. Im ganzen wurden 41 Taganläufe (d. h. Anläufe mit dem Uboot zum Torpedoschuß ohne jedoch zu schießen) gefahren; keiner dieser Dampfer wies die als Kennzeichen für Transporte gegebenen Merkmale auf; auch nach ihrem sonstigen Aussehen machten sie nicht den Eindruck ausgesprochener Transportdampfer. In der Morgendämmerung dagegen wurden im ganzen sechs abgeblendete 1500—3000-Tonnen-Dampfer (drei vom Bollertyp, drei Frachtdampfer) gesehen; die Fahrzeuge waren schwarz gemalt mit grauen oder braunen Aufbauten und führten keine Flagge. Jedes einzelne Schiff wurde von einem abgeblendeten Zerstörer, oder einem oder zwei bewaffneten Fischdampfern geleitet. Meiner festen Überzeugung nach waren diese Schiffe Truppen- oder wichtige Materialtransporte; da ich diese Ansicht durch die befohlenen Merkmale (Truppen in großer Zahl, Geschütz- oder Fuhrparks, Stellungen an Deck) aber nicht bestätigt fand, durfte ich sie ebenfalls nicht angreifen.“

Unter den augenblicklichen Bedingungen, unter denen ein Uboot einen Transporter bekämpfen mußte, ist überhaupt nichts zu machen und lohnt die immerhin bei der Stärke der Gegenwirkung nicht ungefährliche Unternehmung kaum die Anstrengungen der Besatzung.“

Stellungnahme der Flottille zu vorstehendem Kriegstagebuchauszug:

„Die Absicht der Unternehmung war, festzustellen, ob mit den zurzeit gültigen Bestimmungen, d. h. nur nach der Preisordnung Handelskrieg zu

führen und den Torpedoschuß ohne Warnung nur gegen einwandfrei festgestellte Transporter anzuwenden, die Schädigung der Transporte für die englische Armee in Frankreich, die ich für die wichtigste Aufgabe für die Marine zurzeit halte, durchzuführen ist.

Das Ergebnis ist einwandfrei folgendes:

Es ist aussichtslos, mit diesen Einschränkungen die Uboote auf den Transportwegen anzusetzen . . . Die Schädigung der Transportwege wird daher vorläufig aufgegeben, solange die Bestimmungen für die Führung des Ubootskrieges nicht den Torpedoschuß ohne Warnung gegen die zwischen England und Frankreich verkehrenden Schiffe mit Ausnahme der Lazarettsschiffe gestatten.

Der Handelskrieg nach Prisenordnung wird im westlichen Teil des Armeekanal versucht werden trotz der Gefahr, die die Uboote beim Auftauchen laufen. Dieser Entschluß ist zwingend, weil dies zurzeit das einzige Mittel ist, den Gegner zu schädigen.

Dieses Ergebnis der Unternehmung war vorauszusehen, ich hielt es aber doch für wertvoll, den tatsächlichen Nachweis zu führen."

Es liegt auf der Hand, in wie hohem Maße unsere Uboote den Verlauf der Somme-Schlacht hätten beeinflussen können. Wer sich über solche Einzelfragen hinaus klar dessen bewußt war, daß dieser Krieg über das Dasein des deutschen Volkes entschied, konnte solche Berichte über die Verkrüppelung unserer besten Waffe nicht ohne innerste Erschütterung lesen.

Unser Verhalten im Frühjahr 1916 sagte der ganzen Welt mit Ausnahme einiger deutschen Diplomaten und Demokraten: Deutschland geht unter.

7

Die Vorgänge, welche zur Aufnahme des uneingeschränkten Ubootskrieges am 1. Februar 1917 geführt haben, kann ich als daran Unbeteiligter nur kurz berühren. Soweit ich unterrichtet bin, sind sie bezeichnend für die Desorganisation der Bethmannschen Regierungsweise. Wenn es wahr ist, daß gerade um die Jahreswende 1916/17 Verhandlungen zwischen Bethmann und Wilson schwebten, die uns einen brauchbaren Frieden verhießen oder die wenigstens Bethmann selbst für aussichtsreich hielt, so ist es unverständlich, daß er gerade dann den

Ubootskrieg hineinplätzen ließ. Ich kann mir nicht denken, daß die militärischen Autoritäten, wenn ihnen die politische Leitung von diesen Verhandlungen genügende Mitteilung gemacht hätte, sich einem Aufschub bis zur Klärung der diplomatischen Aussichten widersetzt haben würden. Herbst 1916 hatte die Oberste Heeresleitung angesichts des rumänischen Angriffs geglaubt, die durch den Kanzler und den Gesandten v. Kühlmann unrichtig dargestellte holländische Kriegsgefahr ernst nehmen zu müssen, und hatte deshalb einer gewissen Verzögerung des Ubootskrieges zugestimmt. Nach der Niederwerfung Rumäniens veränderte sich das Bild. Die Oberste Heeresleitung bezweifelte wohl, daß wir einen weiteren Kriegswinter (1917/18) aushalten könnten. Da nun der Admiralstabschef v. Holzkendorff glauben zu können, daß England nach einem halbjährigen Ubootskrieg friedensreif würde, so ergab sich aus dem Wunsch, bis August 1917 zu einer Friedensmöglichkeit zu gelangen, der Ansatz, daß der Ubootskrieg im Februar 1917 beginnen müßte. Diese Berechnung hatte aber nur einen begrenzten Wert und durfte nicht dogmatisiert werden. Ich glaube wie gesagt auch, daß, wenn den Einzelressorts ausreichende Fühlung mit der Gesamtpolitik eingeräumt worden wäre, keines von ihnen starr an seiner Sonderrechnung festgehalten haben würde. Der alte Fehler unserer Regierungsweise, die Einzelressorts von der Gesamtverantwortung auszuschließen und ihnen für die Urteilsbildung unerläßliche Tatsachen vorzuenthalten, scheint also, wenn meine Eindrücke zutreffend sind, auch hier den Fehler bewirkt zu haben, daß der Ubootskrieg schwebende diplomatische Verhandlungen durchschnitt.

Wenn es ferner richtig ist, daß Wilson sich durch diese brüske Wendung auch in seinem Vertrauen zur deutschen Politik beleidigt fühlen konnte, so läge hier wieder ein Parallellfall zu der Ubootskriegsmethode vom Juli 1914 und zu der polnischen „Ohrfeige ins Gesicht des Zaren“ vor. Eine Wiederholung derartiger Methoden kam aber in diesem Stadium des Kriegs fast dem endgültigen Verlust unserer internationalen Verhandlungsfähigkeit gleich. Den Schaden bezahlte dann nicht sowohl unsere Diplomatie als das deutsche Volk im Ganzen und die hohenzollernsche Monarchie im besonderen.

Die Erstaunlichkeit des Vorgangs würde noch größer erscheinen, wenn die Nachricht zutrifft, daß der Kanzler den Entschluß zum Ubootskrieg auch damals selbst mißbilligt und sich von anderen habe

überstimmen lassen. Es bleibt unverständlich, weshalb dann Bethmann nicht die Folgerung aus seiner Überzeugung gezogen hat, und weshalb der Kaiser ihn nicht gehen ließ und durch einen Kanzler ersetzte, der an den Ubootskrieg glaubte.

Das letzte Rätsel einer bei aller Gewandtheit gefährlichen Zerrfahrenheit würde darin liegen, daß Bethmann seiner inneren Überzeugung zuwider im Reichstag die Meinung verbreitete, nunmehr wäre marinetechnisch und politisch der erfolgverheißende Augenblick für den uneingeschränkten Ubootskrieg gekommen. Nur nebenbei sei hier daran erinnert, welche Überhebung darin lag, eine solche Auffassung gegen jene Gutachten von Reichsmarineamt, Admiralstab, Hochseeflotte, Marinekorps und Oberster Heeresleitung vom Frühjahr 1916 zu vertreten, selbst wenn der Admiralstabschef um die Jahreswende 1916/17 sich dem Bethmannschen Standpunkt etwas angepaßt haben sollte.

Wie dem auch sei, es war ein Unglück, daß der Ubootskrieg nun von einem Staatsmann geleitet wurde, der ihm mit ablehnenden Grundgefühlen gegenüberstand und ihn deshalb, so wie er ihn bisher verhindert hatte, nunmehr auch in diesem letzten Stadium noch lähmte. Im Jahr 1916 konnten wir es vielleicht noch verantworten, die Wirkung des Ubootskriegs durch Ausnahmen zugunsten einzelner Neutraler und anderes zu durchlöchern. Im Jahr 1917 war es dazu zu spät. Wenn wir alles auf diese eine Karte setzten, war erstes Erfordernis, daß alle militärischen, politischen, personellen und technischen Mittel in den Dienst dieser Sache gestellt wurden. Die Marine hatte jede andere Aufgabe zurückzustellen, alle irgend verfügbaren Menschen und Einrichtungen dem Ubootsbau der Werften und dem Motorbau zuzuweisen. Die Armee mußte jetzt die Arbeiter stellen, die Politik die Kriegsführung ergänzen, die Diplomatie nicht abwartend beiseite stehen, sondern sich mit ganzem Herzen dafür einsetzen. Statt dessen wurden Ausnahmen zugunsten europäischer Neutraler zugelassen, die die Wirkung des Ubootskrieges abschwächten, und auch technisch und militärisch dem Ubootskrieg nicht diejenige äußerste Konzentrierung gegeben, welche allein in diesem vorgerückten Stadium ihm noch die erforderliche Durchschlagskraft gewährte. Der Urfehler unserer ganzen Kriegsführung, der Mangel einer dem englischen Kriegswillen ebenbürtigen Einigkeit und Festigkeit bestand fort, solange das Bethmannsche System am Ruder blieb.

Wenn sich die Reichsleitung damit belud, einen Ubootskrieg zu

verantworten, an den sie nicht recht glaubte, und sodann seine Ausführung zu schädigen, so hatten sich in Wirklichkeit die Aussichten des Ubootskriegs gegen 1916 in gewaltigem Umfang verschlechtert. Bis zu meinem Rücktritt hat das Reichsmarineamt soviel Uboote gebaut, wie überhaupt möglich waren. Ich bin dreimal auf allen Werften herumgereist und habe jede Helling persönlich untersucht und festgestellt, ob eine Mehrleistung zu erzielen wäre¹⁾.

Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob nach meinem Rücktritt der Ubootsbau mit derjenigen Kraft weitergefördert worden, die erforderlich gewesen wäre. Entscheidend war aber die alle Befürchtungen noch übertreffende Zunahme der feindlichen Abwehrmaßregeln. England war gegen die Ubootsgefahr unvorbereitet in den Krieg getreten. Sowie es die Tötlichkeit dieser Gefahr erkannte, hat es sich mit Unterstützung des hilfreichen Amerikas auf die Schaffung von Schutzmaßnahmen geworfen, die zwar noch nicht 1916, wohl aber 1917 mit Macht zu wirken begannen. Denn an Masse war uns die Entente industriell überlegen, und somit wuchs die Abwehr weit stärker, als sich die Zahl der Uboote vermehren ließ. Wir verloren im Frühjahr 1918 zeitweise mehr Uboote als neu hinzutraten.

Im allgemeinen freilich hatte sich dies schon 1916 vorhersehen lassen. Ich nenne einige der wichtigsten dieser Abwehrmaßregeln: die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe durch 15000 Geschütze nebst ausgebildeten Bedienungsmannschaften, die systematische Bewachung der Gewässer durch Flieger, Luftschiffe und Fahrzeuge, ausgedehnte Verwendung von Unterwasser-Schallapparaten, Beschaffung von Ubootsjägern, Ubootsfallen, Wasserbomben; von Hindernissen

¹⁾ Nebenbei erwähne ich nur, daß der Ubootskrieg, wenn er 1916 geführt worden wäre, der britischen Hochseeflotte voraussichtlich nicht erlaubt hätte, sich nach der Schlacht am Skagerrak so folgerichtig in Scapa Flow versteckt zu halten. Ich möchte hier noch erwähnen, daß ich bei einer Beratung Anfang 1916 dafür eingetreten bin, man sollte den Kapitänen der in Amerika usw. liegenden deutschen Handelsschiffe den Befehl geben, hinauszufahren und draußen ihre Schiffe zu versenken, oder sie sonst unbrauchbar zu machen. Das hätte man ihnen nicht verbieten können, da sie ja keine Kriegsschiffe waren. Ballin sprach dagegen: die Kapitäne würden von den Amerikanern gehängt (was unmöglich war), die schönen Schiffe gingen uns für immer verloren. Das Ergebnis war, daß uns gerade diese schnellfahrenden Schiffe 1917/18 durch den Transport amerikanischer Truppen usw. größten Schaden getan haben.

defensiver Art wie Netze, Minen; ferner indirekte Maßregeln, wie die Verdreifachung der amerikanischen Werften, der fieberhafte Bau von Frachtschiffen, die möglichste Anhäufung von Vorräten, die Ausbildung des Nachrichtendienstes, die Monopolisierung und Rationierung der Frachträume, die Einrichtung und Ausbildung von Geleitzügen, deren Aufbau aber Jahre erforderte, eine gewaltige organisatorische Leistung der Engländer, endlich der beständig wachsende Druck auf die Neutralen, der schließlich mit dem Raub ihres Schiffsraums endete.

Infolge dieser Maßregeln trat jene Verminderung des Ubootwertes ein, die, wie oben erläutert, für das einzelne Uboot nur ein Fünftel der alten Wirkungskraft übrig ließ. Man vergegenwärtige sich allein, daß später viele tausend allmählich gebaute Ubootsjäger gegen uns in Tätigkeit standen.

Unsere Uboote konnten im Februar 1916 noch unter den feindlichen Handelsschiffen hausen, wie Wölfe in Schafsherden; später war es ein regelrechtes Gefecht, das sie führen mußten. Aus einer Zerstörungsarbeit war eine gefahren- und verlustreiche Kampfhandlung geworden.

Es erhebt sich nun die Frage, ob der Ubootkrieg, im Frühjahr 1916 statt 1917 begonnen, nicht eben auch ein Jahr früher jene Scharen amerikanischer Krieger auf das Festland geführt hätte, welche 1918 die Lage an der Westfront zu unsern Ungunsten bestimmt haben?

Ich sehe davon ab, daß, wie wir alle, so auch die Heeresleitung von diesem gewaltigen amerikanischen Truppenaufgebot überrascht worden ist und so mit einer nicht unbedenklichen Verdünnung unserer Heereskraft eine Million Krieger im Osten festgelegt hat für wirtschaftliche Zwecke, die gegenüber dem Hauptziel des Krieges doch als nebensächlich bezeichnet werden müssen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Frühjahr 1916 die Wahrscheinlichkeit, daß Amerika Truppen herüberbrachte, viel geringer war als ein Jahr später. Einmal hätte die stärkere Wirkung des Ubootkrieges auf den feindlichen Frachtraum im Jahr 1916 auch die Entfaltungsmöglichkeiten für amerikanische Heereskraft von vornherein beschränkt. Sodann aber war Amerika damals zum Eintritt in den Krieg gegen uns innerlich noch nicht reif.

Im Februar/März 1916 hatte sich die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Volksvertretung im Gegensatz zu Wilson für eine Warnung gegen Reisen von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen Kriegführender ausgesprochen, soweit sie es nur ohne förmliche Des-

abouierung des Präsidenten vermochte. Dasselbe geschah im Washingtoner Senat. Auch die Bewaffnung von Handelsdampfern und deren Verwendung zum Angriff auf Kriegsfahrzeuge gegen das bestehende Seerecht wurde damals noch nicht als rechtmäßig angesehen. Da die Reichsleitung mir das politische Material nicht zur Kenntnis gab, erkenne ich jetzt mit noch viel größerer Deutlichkeit als im Frühjahr 1916, daß Wilson damals, zumal vor seiner Wiederwahl, gar nicht in der Lage gewesen wäre, uns den Krieg zu erklären. Indem wir aus bloßer Angst vor diesem Schreckgespenst und unter Heranholung von Ausflüchten, wie der rumänischen Ernte, der Rücksicht auf das amerikanische Hilfskomitee für Belgien u. dgl. damals vor Wilson einknickten, haben wir erst selbst das Schreckgespenst für 1917 in Wirklichkeit umgewandelt. Die großen Kongreß- und Senatsdebatten vom Februar/März 1916 waren nach Hales Ausdruck eine Mahnung an Wilson zum Frieden, wie sie ernster noch nie von einem Kongreß einem amerikanischen Präsidenten erteilt worden ist. Der Erfolg seiner Niederborungsnote aber hob Wilson zu einer Höhe, wie sie selten vor ihm ein Präsident erreicht hatte, und verwandelte naturgemäß die Stellung des amerikanischen Volkes zur Ubootsfrage von Grund aus.

Nach Ansicht unseres Gesandten v. Hinzke, der damals von Peking kommend Amerika durchreiste, hat die bekannte Mexikodepesche Zimmermanns Wilson eine entscheidende Hilfe bei seinem Wunsch, uns entgegenzutreten, geleistet. Ballin, der meine Ansichten kannte und mir am 19. Juli 1917 schrieb, er hätte mannigfache Anfragen in der letzten Zeit immer dahin beantwortet, daß der Ubootskrieg, wie er heute geführt wird, „nicht den Tirpitzgedanken verwirkliche“, fügte daran die Sätze:

„Ich habe schon im letzten Winter brieflich und mündlich die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn Euere Exzellenz am Steuer geblieben wären, Sie den uneingeschränkten Ubootskrieg jetzt überhaupt nicht begonnen hätten. Und ich möchte bei der Ansicht bleiben, daß, wenn Sie es in Ihrem Amte miterlebt hätten, wie man den Wilson an der Nase herumgeführt hat, wie man seine ehrgeizigen Friedensbestrebungen durchkreuzte und wie man ihn schließlich durch die Mexiko-Depesche in eine unmögliche Situation versetzte, so würden Sie es sich gewiß sehr überlegt haben, ob es politisch und militärisch richtig sein könnte, den unbegrenzten Ubootskrieg zu verkünden und einzuführen, ohne Wilson die Gelegenheit zu geben, sich mit Anstand aus der Affäre zu ziehen.“

Wilson hätte meines Erachtens — und diese Ansicht wird nicht nur vom Grafen Bernstorff, vom Prinzen Hatzfeld, von Geheimrat Albert, sondern auch von allen anderen Leuten geteilt, die bis zum Ausbruch des Krieges drüben gewesen sind — niemals uns den Krieg erklären können, wenn nicht durch die Mexiko-Depesche und durch eine große Reihe anderer Fehler wir die Bevölkerung des Westens und Südens der Vereinigten Staaten, die ganz deutschfreundlich waren, gegen uns aufgebracht hätten.

Was aber der Eintritt Amerikas in den Krieg gegen uns für die Entente bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.“

Meine Antwort vom 23. Juli 1917 wird durch folgende Sätze gekennzeichnet:

„In meinem Telegramm an Herrn Bassermann und Excellenz Spahn habe ich die Überzeugung vertreten wollen, daß die beabsichtigte Reichstags-erklärung innen- und außenpolitisch mir nicht richtig erscheint. Selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte, unter Aufgabe des Ubootskrieges so bald wie möglich mit Wilson zu einer Einigung zu kommen, so würde es mir von reinem Geschäftsstandpunkt aus nicht richtig erscheinen, zur gleichen Zeit die Wirkung des Ubootskrieges vor der ganzen Welt herabzusetzen und um einen Frieden zu winseln.

Wie Sie wissen, bin ich am 4. Februar 1915 durch die Erklärung des Ubootskrieges nach Art und Zeit überrascht worden, dies um so mehr, als ich noch am 27. Januar mit dem damaligen Reichskanzler über eine vorläufige Zurückstellung des Ubootskrieges einig gewesen war. Nachdem wir diesen militärischen Entschluß, obendrein mit einer gewissen Fanfare in die Welt gesetzt hatten, mußten wir aber daran festhalten. Durch unser beständiges, zum Teil würdeloses Zurückweichen vor den Anrempelungen Wilsons haben wir letzteren eigentlich erst kreiert. Eine offensive Notenpolitik gegen die unerhörten Unneutralitäten Wilsons wäre für uns das Gegebene und gänzlich gefahrlos gewesen. Die Niederbörungsnote Wilsons durften wir niemals annehmen, und zwar aus ganz realen Gründen nicht. Ich sehe hierbei ab von der wenig geschickten und wenig glücklichen Art, wie wir den Sussex-Fall selbst diplomatisch behandelt haben. Im Frühjahr 1916 hätten uns die Vereinigten Staaten den Krieg nicht erklärt, Beweis genug dafür sind ja die damaligen Verhandlungen im Senat und Kongreß in Washington. Damals war der gegebene Zeitpunkt, den Ubootskrieg in scharfer Form zu führen; wir sowohl wie unsere Bundesgenossen hatten noch einen erheblichen Grad wirtschaftlicher Kraft einzusetzen. Da Wilsons Wahl noch bevorstand, war er auch zu einer Kriegserklärung außerstande. Der Ubootskrieg braucht Zeit, um seine volle Wirkung aus-

zuüben; die hatten wir damals noch zur Verfügung und wären daher auch imstande gewesen, der neutralen Schifffahrt größere Konzessionen zu machen, als es später wohl den entschließenden Personen möglich erschien. In der That waren wir am 1. Februar d. J. doch schon recht hart an den Abgrund gedrängt. Dazu kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt, der sich aus den Gegenmaßregeln der Engländer gegen den Ubootskrieg ergibt. Sie erwähnen ja selbst in Ihrem Brief die Geleitzüge; die Geleitzüge werden aber erst wirksam nach einer großen Beschaffung von Ubootsjägern. Zu dieser Beschaffung haben wir England die erforderliche Zeit gelassen, ebenso zur wirksamen Armierung ihrer gesamten Kauffahrteiflotte und zur Ergreifung einer anderen Reihe Gegenmaßregeln. Quantitativ konnte die Entente darin mehr leisten, als wir in der Vermehrung von Ubooten. Den genauen Grad zu bestimmen, wie diese Gegenmaßregeln die Vermehrung unserer Uboote kompensierten, war ja natürlich vorher nicht möglich; wer in solchen technischen Fragen aber gearbeitet hat, wird wissen, daß solche Kompensierung stets erreichbar ist. Wirtschaftlich, politisch und militärisch war es somit ein Fehler, die energische Verwendung der Ubootswaffe hinauszuschieben. Diese Überzeugung habe ich gehabt gerade aus dem Grunde, weil, wie Sie richtig voraussetzten, ich das Eingreifen Amerikas in den Krieg niemals unterschätzt habe. Ich weiß ja, daß Sie die Ansicht vertreten haben, ich hätte das Unterseebootswesen zugunsten des Dreadnoughtbaus vernachlässigt. Ich bin mir sicher, daß Sie hierin irren; wir standen beim Ausbruch des Krieges an der Spitze des gesamten Unterseebootswesens. Wir haben freilich damit nicht renommirt. Im übrigen war das Unterseeboot für Fernverwendung nicht schneller zu entwickeln, als der Motor es gestattete; Automotoren genügten hierfür nicht.

Was nun die Wirkung des Ubootskriegs in seiner jetzigen Form und die Frage seiner Fortführung angeht, so kann mich die Tatsache, daß ich seinerzeit eine andere Form gewählt hätte und daß ich seine Chancen infolge der verspäteten Eröffnung für erheblich verschlechtert halten muß, nicht davon abhalten, der festen Überzeugung zu sein, daß uns jetzt, nachdem wir im Februar den Ubootskrieg erklärt haben, gar nichts anderes übrig bleibt, als ihn mit zähester Energie fortzusetzen, bis England gezwungen ist, einen Frieden zu machen, der uns die Grundlagen für die Wiederherstellung unserer Wirtschaft und für eine gesicherte Weltstellung gibt.

Ich glaube auch, daß wir einen solchen Erfolg durch den Kampf gegen den feindlichen Frachtraum immer noch, wenn auch schwerer und langsamer als früher, erreichen können. Hierzu gehört freilich die durch nichts abgelenkte oder abgeschwächte Energie der Regierung und der Nation und eine die Kriegsführung richtig ergänzende Politik."

Indes, selbst wenn Amerika 1916 gerade so gehandelt hätte wie 1917, wäre es immer besser ein Jahr früher gekommen, so lange wir und unsere Verbündeten noch in stärkerer Kraft standen. Gewiß hätte Amerika stets eine absolute Niederlage Englands abwenden wollen. Was aber der Ubootskrieg im Jahr 1916 hätte leisten können, war: eine absolute Niederlage Deutschlands zu verhindern. Nach den gesamten Erfahrungen damaliger und späterer Zeit hätte der Ubootskrieg im Jahr 1916 anfangs ein Monatsergebnis von allermindestens 700 000, später wahrscheinlich aber 1 000 000 Tonnen gehabt; von höheren Schätzungen durch erfahrene Kommandanten sehe ich hier ab. Über die Wirkung läßt sich so viel sagen, daß die dadurch eingetretene Zermürbung der englischen Weltwirtschaft und Wehrkraft, abgesehen von den allgemeinen politischen Folgen, unsere Westfront wesentlich und dauernd entlastet und die Aufbietung so großer amerikanischer Anstrengungen für den Landkrieg stark unterbunden hätte. Auch hätte der Zuwachs an Frachtraum, den das Jahr 1917 der Entente brachte, ein Jahr früher nicht eintreten können, da die neu angelegten Werften noch nicht funktionierten. Es wäre töricht, zu leugnen, daß auch meine im Frühjahr 1916 gebildete Ansicht über den Ubootskrieg unsichere Faktoren enthalten konnte, die das Endergebnis zu verschieben geeignet waren. Aber wir hatten damals schon genügend Erfahrung, um zu sehen, daß Amerika, je länger der Krieg dauerte, um so bedrohlicher für uns wurde. Es war 1916 schon gefährlicher geworden als 1915. Das war eine laufende Kette, und dieser Entwicklung mußten wir ins Gesicht sehen.

8

Das Ubootskapitel ist lang und peinvoll. Bei der Art unseres politischen Systems in diesen letzten Jahren entsteht unvermeidlich ein trübseliger Strom verworrener Akten.

Der Anfang des Ubootskriegs, die Sperrgebietserklärung, war verfrüht, unreif, in ungeeigneter Form und mit unnötiger Fanfare in die Welt gesetzt. Dann wurde nicht durchgehalten und dabei fortwährend Schwäche und Furcht gezeigt. Es wurde vor Wilson eingeknickt und ihm zu einer steigenden Macht in Amerika verholphen. Es wurde durch

¹⁾ Siehe S. 373f.

unser scheinbar böses Gewissen der englischen Lesart Vorschub geleistet, daß der Ubootskrieg etwas Unsittliches wäre. So haben wir uns durch unangebrachtes Verhalten die Wiederaufnahme des Ubootskrieges erschwert und gefährlicher gemacht. Denn er schien nun, nachdem wir so lange auf unser gutes Recht verzichtet hatten, auch nach unserer eigenen Auffassung gegen die Menschlichkeit zu verstoßen, während kein Hahn danach krächte, wenn England viel Schlimmeres tat. Es übertrifft an Entschlossenheit, Grausamkeit und zynischem Herunterziehen des Gegners unsre deutsche Art um das Vielfache, freilich auch an Geschick, den eigenen Standpunkt sogar dem Ohr des Gegners annehmbar zu machen. So wurde das deutsche Volk in seiner unbegrenzten Fremdgläubigkeit durch unser Schwanken irre, sah in dem englischen Hungerkrieg, welcher den Bankrott und den Umsturz, Schwindsucht und Todesjammer in dies bis dahin so blühende Volk trug, geduldig ein Stück göttlicher Weltordnung. Demgegenüber sollte der Ubootskrieg grausam und unsittlich sein, er, der feindliche Schiffsladungen traf und den Feind kaum Menschenleben kostete — in all den Jahren noch nicht so viele Leben, wie an einem Tag Deutsche an der Westfront fielen oder wie nach erfolgter Waffenstreckung durch die unmenschlich beibehaltene Hungerblockade täglich an deutscher Bevölkerung zugrunde ging! Denn die angelsächsische Scheinheiligkeit und die deutsche Urteilslosigkeit kennen keine Grenzen.

Die Befehle an die Unterseeboots-Kommandanten sind eine Kette von Ansätzen, Hemmungen und Widersprüchen, und haben uns bestes deutsches Blut gekostet, dafür den Enderfolg geraubt. Der Unterseebootskrieg ist verloren gegangen, weil Deutschland nicht folgerichtig an dem Gedanken festgehalten hat, jedes berechnigte Mittel, das im Seekrieg zur Verfügung stand, rücksichtslos bis zum Ende anzuwenden.

Wollte man aber diese Folgerichtigkeit nicht, dann mußte man im Frühjahr 1916 die Niederlage klaren Blicks annehmen. Sie wäre damals milder ausgefallen als später. Heer und Diplomatie wußten kein Mittel, die Niederlage abzuwenden. Dann war es ein Verbrechen, den Krieg gegen England nicht zu beendigen. Die Zeit arbeitete gegen uns. Noch, aber nicht lange, wußte die Marine ein Mittel, um England ins Mark zu treffen. Die Frage war nur: wollte man es auf die amerikanische Gefahr hin wagen? Wenn nicht, dann wurden wir schwächer und schwächer bis zum Zusammenbruch. Wenn ja, dann war kein Monat zu verlieren. Dies war die einfache Entscheidung. Über sie

durfte man nicht hinwegtänzelu wollen. Auf Amerikas Vermittlung gegen England warten, war reiner Zeitverlust. So sah ich die Dinge damals, und so lagen sie in der Tat, wie die Folgezeit erwiesen hat.

Die Erklärung vom 8. Februar 1916, daß wir bewaffnete Handelsschiffe nun doch angreifen wollten, war eine Spielerei, eine Täuschung für unser Volk. Nachher wurde im Sussexfall eine an sich rechtmäßige Torpedierung erst abgeleugnet, dann gemißbilligt. Statt nach diesem abermaligen Gehorsam gegen Wilson nun klar Deck zu machen, wurde im Herbst 1916 über Hindenburgs und Scheers Köpfe hinweg die neue Halbheit des Ubootskreuzerkriegs probiert. Darauf folgte das Durcheinander des uneingeschränkten Ubootskriegs mit der Friedensaktion um die Jahreswende 1917. Endlich wurde der rücksichtslose Ubootskrieg, der ein Jahr früher noch als der Ausdruck einer siegesbewußten starken Nation erschienen wäre, als Verzweiflungsschritt mit halbem Herzen und schon gebrochenem Prestige unternommen. Nun aber folgte die neue Krankheitsgeschichte seiner politischen Durchlöcherung, baupolitischen Vernachlässigung und strategischen Schwächung unter einem politischen Führer, der selbst an den Erfolg nicht recht glaubte.

Hätte man in Deutschland die russische Revolution vorhersehen können, so hätten wir den Ubootskrieg 1917 vielleicht nicht als letztes Mittel anzusehen brauchen. Von der russischen Revolution aber war im Januar 1917 noch kein Vorzeichen äußerlich bemerkbar. Auf der andern Seite übersahen offenbar auch die amtlichen Stellen in Deutschland nicht völlig die verheerende Wirkung unserer diplomatischen Fehler in der Behandlung Wilsons, insbesondere von der Sussexnote bis zur Mexikodepesche, welche allein die erstaunliche Behemenz möglich machten, mit der das amerikanische Volk sich in diesem seinen eigenen Interessen so fremden Krieg mitreißen ließ.

Es ist schwer zu sagen, ob ich als verantwortlicher Staatsmann, bei Kenntnis aller damals erreichbaren Einzelheiten, Anfang 1917 den Ubootskrieg noch gemacht hätte. Unsere verfahrenere Lage ließ uns freilich kaum noch einen andern Ausweg, um zu versuchen, dem vollkommenen Ruin zu entgehen. Der Wert des Ubootskrieges war schon gemindert, die mit ihm verknüpfte Gefahr vergrößert. Ich hatte als nicht eingeweihter Privatmann damals das innerste Gefühl, daß es gefährlich spät wäre, hielt mich aber durch die Auffassung der im Amt befindlichen Männer überzeugt, daß es gewagt werden mußte und

könnte¹⁾. Und in der Tat, hätten wir damals alle Kräfte ohne Zersplitterung auf dies Ziel als letzte Chance zusammengefaßt, so wie sich England seinerseits auf die Verhinderung des Ubootskrieges eingestellt hatte; würden wir die innere Durchhaltekraft unsres Volkes belebt haben, statt sie niederzudrücken: dann wäre zwar vielleicht nicht mehr der Sieg, wie bei einem rechtzeitig (1916) unternommenen Ubootskrieg, jedoch ein erträglicher Frieden wohl noch immer erreicht worden. Die Oberste Seekriegsleitung war im Spätsommer 1918 der Überzeugung, daß trotz aller Erschwerungen die Uboote England noch immer so empfindlichen Schaden zufügten, daß im Frühjahr 1919 eine erheblich gesteigerte Friedensbereitschaft zu erwarten wäre. Der Ubootskrieg ist im Oktober 1918 im ungünstigsten Augenblick geopfert worden, als er gerade durch eine erhebliche Vermehrung der Uboote wieder in vollen Gang gesetzt war. Die Marine vertraute in allen ihren Gliedern so fest auf die Früchte dieser schweren und opferreichen Arbeit, welche ihre besten Kräfte an sich gezogen hatte, daß das plötzliche Abstoppen des Ubootskrieges noch vor Abschluß eines auf den Präliminarfrieden basierten Waffenstillstandes eine vernichtende moralische Wirkung auf das gesamte Personal ausübte. Die Mannschaften fühlten sich betrogen, als plötzlich auf Wilsons Verlangen die zurzeit wichtigste Kriegsführung von der Reichsregierung desavouiert wurde. Dieses Gefühl der Enttäuschung und Entmutigung ist einer der Gründe für die Erschütterung des Vertrauens der Mannschaften zu ihren Vorgesetzten.

¹⁾ Da mir amtliches Material nicht zu Gebote stand, so war ich nicht unterrichtet genug, um meiner eigenen instinktmäßigen Befürchtung, daß es 1917 für den Ubootskrieg gefährlich spät wäre, irgendwelchen autoritativen Wert beizulegen. Da die Reichsleitung den Ubootskrieg mindestens als letztes Verzweilungsmittel für nötig hielt, und auch dessen bisherige Gegner jetzt unter ganzlichem Meinungsumschwung die größten Erwartungen vom Ubootskrieg bei der Öffentlichkeit erwecken, so war mein Verhalten gegeben. Im vertrauten Kreise vermochte ich freilich meine Befürchtungen hinsichtlich dieses letzten vielleicht noch wirksamen Rettungsmittels nicht zu unterdrücken. Ich entsinne mich, wie ein bekannter Reichstagsabgeordneter beim Spaziergang im Tiergarten im Februar 1917 auf mich zueilte, um mich zum Ubootskrieg zu beglückwünschen, jedoch auf meine sorgenvolle Antwort betroffen verstummte. Die Erfahrung, daß im Mai 1917 sogar in den „Times“ eine Angabe darüber zu finden war, ich hätte mich über den zu spät begonnenen Ubootskrieg pessimistisch ausgesprochen, veranlaßte mich zu immer peinlicherer Zurückhaltung meiner Befürchtungen.

Es hat nicht viel gefehlt zu einem guten Frieden. An der Wehrmacht lag es nicht, wenn wir ihn nicht fanden. Als Hindenburg und Ludendorff endlich zur Führung berufen wurden, konnte die Armee ihn freilich nicht mehr schaffen. Die Marine konnte einen brauchbaren Frieden wohl zweimal greifbar nahe bringen, im Herbst 1914 mit der Flotte, im Frühjahr 1916 mit noch größerer Wahrscheinlichkeit durch das Uboot. Das Furchtbarste zu wissen ist, daß unsere heutige Lage nicht nur politisch, sondern auch militärisch vermeidbar war.
